

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, keine Beiträge z. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. Z.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van den Kerkhof, Luth. Kirchstr. 65. 2222/2222 Fernsprech-Nr. 1368. DÜSSELDORF

Nr. 29. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 18. Juli 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Kulturarbeit.

Kulturarbeit! Leisten die Gewerkschaften Kulturarbeit? Der Gewerkschaftsgegner wird die Arbeit der christlichen Berufsorganisationen für kulturwidrig halten. Aber auch der Verleger der kulturellen Wert der Gewerkschaftsarbeit nicht zu erkennen, der nur die nackten Zahlen der Statistiken liest; der die geführten Streiks zählt und dabei die friedlichen Bewegungen vergißt; der nicht beachtet, was durch die Streiks für die Arbeiter und für das Gewerbe erreicht wurde; nicht die Kulturwerte erkennt, die mit der Löhnerhöhung, der Arbeitszeitverkürzung und den Tarifverträgen verbunden sind. Wer hinter den Zahlen liest, nur der wird die Statistiken der Gewerkschaften als Ausdruck geleisteter Kulturarbeit betrachten, das Wort Kultur allgemein und speziell, in materiellem und ideellem, in wirtschaftlichem und gewerblichem Sinne genommen.

Was verbirgt sich für den Kenner nicht alles allein hinter den Mitgliederzahlen, die eine einzelne Gewerkschaft und ein Gewerkschaftsverband aufweisen! Eine Unsumme von agitatorischer, organisatorischer und erzieherischer Arbeit. Hunderttausende von Arbeitern, aller Berufe und Altersklassen, in Stadt und Land, für die Gewerkschaftsbewegung gewinnen und sie dauernd darin festhalten, das heißt meist ebensoviele aus geistigem Schlafe aufwecken,

aus einem gedankenlosen Dahinleben und stumpfsinnigen Ertragen aufschrecken, das heißt ernstlich versuchen, sie zum selbständigen Denken zu bringen, mit Verständnis für ihre Berufswelt und ihre Stellung im Produktionsprozess und in der Volkswirtschaft zu erfüllen. Wie klein ist in der Regel der Gesichtskreis der abseits von der Bewegung Lebenden Arbeiter, wie kleinlich ihre Interessen, ehe sie in den lebendigen und warmen Strom der Bewegung hineingezogen werden. Mit ihrer Gewinnung beginnt ein Umbildungsprozess ihres bisherigen Denkens und Empfindens.

Der Gewerkschaftsagitator weiß, welche Hindernisse er oft in der Arbeiterchaft selbst zu beseitigen hat, ehe gewerkschaftliche Erfolge aufsteigen können. Der Bericht der christlichen Gewerkschaften pro 1907 spricht beispielsweise auch von Erfolgen unter den Heimarbeiterinnen. Nur der Kenner vermag zu ermessen, unter welcher ungeheuren persönlichen Opfern und Anstrengungen der in der Agitation stehenden Leute diese Erfolge erkauft worden sind. Die einsam an der Maschine sitzende, abgearbeitete, gebeugte und verschüchterte Heimarbeiterin will in ihrer Behausung aufgeschickt sein — und nicht einmal bloß — bis die Eisrinde schmilzt und sie Vertrauen zur Organisation faßt. Dann noch gilt es, unzählige Bedenken auszuräumen, die jeder Tag dem ängstlichen Gemüt zuwehrt. Ein ganz anderer Typus Mensch muß herausgearbeitet werden, bis endlich etwas bestehen bleibt. Und ist es in den halb-industrialisierten Dörfern, in den östlichen Provinzen, anders? Wo aber wird dieser Teil der gewerkschaftlichen Arbeit gewürdigt?!

Mag sein, daß die erste Wirkung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die von ihr Erfassten vorübergehend eine „Ueberhöhung der Bedeutung der Handarbeit“ gegenüber der geistigen und speziell der Unternehmerfähigkeit, auch eine Ueberhöhung der Kraft der Arbeiterorganisation (Streikführer!) mit sich im Gefolge hat. Was ist's? Die verantwortliche Organisationsleitung wird den überschäumenden „Latendrang“ im Interesse der Organisation und ihrer Erfolge schon zügeln und — zügeln müssen. Gewonnen aber haben die in den Bannkreis der Gewerkschaften Hineingezogenen auf alle Fälle. Die höhere Einschätzung der eigenen Arbeit schlägt auch ein gesundes Kraftgefühl, ein Stück Selbstachtung als organisierter Arbeiter oder Arbeiterin in sich; damit sind Vorbedingungen gegeben eines sich Findens im Beruf. Man jage was man will, die intensive Verfolgung gewerkschaftlicher Interessen verlangt von den Beteiligten tatsächlich eine optimistische Auffassung des Berufslebens und Glaube an dessen Zukunft. In solchen Wirkungen, scheint uns, wäre das Gewerbe selbst nicht uninteressiert. Im Gegenteil!

Höhere Bedürfnisse

Gibt die gewerkschaftliche Befähigung (sodann dem Arbeiter. Zunächst materielle (bessere Arbeitsbedingungen) gewiß; aber auch Bedürfnisse höherer Art. Es sind die kleinste Kämpfe nicht, wohl aber die schwersten, die um Prinzipien, um Rechte und Freiheiten der Arbeiter geführt werden. Sodann es verfehlt, den Zusammenhang zu übersehen, der zwischen der materiellen oder wirtschaftlichen Lage des Menschen und höheren Kulturbedürfnissen und Kulturfähigkeiten besteht. Eine Verminderung der Sorge um die materielle Existenz, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, schafft größere Möglichkeiten zu einer Vertiefung des gesamten Lebensinhalts. Nicht jeder Bettler ist ein Lump, aber andauerndes Betteln setzt doch zum mindesten die sittliche Widerstandskraft herab. Ohne relativ anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen ist eine geistige Fortbildung des Arbeiters, ist ein inhaltreiches Familienleben, ist die Anteilnahme an irdischen Bestrebungen aller Art, ist eine Ausübung höherer staatsbürgerlicher Pflichten erschwert, die Möglichkeit dazu eine Beschränkung. Höheres Kulturstreben bedarf einer gewissen materiellen

Grundlage. Dem Arbeiter, der sich noch mit dem Schnapsglas über die Trübsal elender Arbeitsverhältnisse hinwegtrösten muß, kann man lange von „höheren Bedürfnissen“ und von dem Willen und der Kraft zur Mitarbeit an der Hebung seines Berufs und seines Standes sprechen, er weiß von nichts. Und doch wird der Gewerkschaftsagitator auch vor solche Arbeitergruppen gestellt, und hier leistet er im wahren Sinne des Wortes Missions-tätigkeit; hier ist er Kulturpionier, Erzieher von Erwachsenen. Er muß an Arbeiter heran, die die Not des Lebens, Erziehung und Milieu, moralisch entwertet und entwürdigt hat, an Standeskollegen, die stumpf bleiben jeglicher Anregung gegenüber und die noch grell auflachen können, wenn man ihnen ihr eigenes Bild vorhält. Da gibt's ein schweres Amt, bis der bessere Mensch den Sieg davontreibt und bis endlich, wenn auch bloß durch das rohe materielle Interesse angelockt, eine dauernde Beeinflussung im Rahmen der Gewerkschaft ermöglicht ist. Wir kennen der Gewerkschaftsbeamten genug, die ihre gewerkschaftliche Missionsarbeit mit einem regelrechten Kampf gegen den Schnaps begonnen haben und — erfolgreich dabei gewesen sind. Solche Errungenlassen lassen sich nicht in Zahlen ausdrücken; ihr Wert bleibt bestehen. Auch die Niederringung selbststättiger Instinkte und deren Ersatz durch Gefühle der Gemeinsamkeit, Berufs- und Standesolidarität, ist als moralischer Erfolg zu buchen. Wird diese Solidarität nicht in Klassenkämpferischem Sinne aufgefaßt, so wird sie den Gewerkschaftler nicht der Fähigkeit berauben, solidarisch zu fühlen auch jenseits der Interessensphäre seiner Klasse.

Im Vertragswesen offenbart sich

der Grad von Opferfähigkeit,

der in unserer Bewegung bereits erreicht ist. Rechnen wir die Unsumme von persönlichen Opfern noch hinzu, die die Bewegung andauernd von einem großen Teil ihrer Mitglieder erfordert, dann stehen wir vor überaus achtenswerten Leistungen. Solche Opferfähigkeit wäre unmöglich, hätte nicht der Gedanke der Bewegung gezündet und tief Wurzel geschlagen, hätte die Bewegung nicht starke ideale Triebkräfte. Aber auch in der Entwicklung des Vertragswesens liegt ein Stück erzieherischer Tätigkeit unserer Verbände.

Und was die Gewerkschaften in der

Disziplinierung der Massen

leisten, darf keineswegs gering angeschlagen werden. Nur schwache, einflusslose Verbände können heute noch den Luxus großer Worte und gewogener Sprache leisten. Je stärker die Verbände, umso verantwortungsvoller wird ihre Praxis. Ein überleitender Coup und die Frucht jahrelanger Arbeit kann zerstört sein. Die Gewerkschaft muß in ihrem eigenen Interesse ihre Mitglieder zu einer richtigen Einschätzung der Kraft der Organisation erziehen. Je weniger Erziehungsarbeit nach der Richtung hin geleistet ist, je größer wird das Maß von Selbstzügelung sein, das die Organisationsleitung den Mitgliedern gegebenenfalls zumuten, eventuell von ihnen erzwingen muß, wo vernünftige Erwägungen nicht mehr wirken. Eine Schule der Disziplin sind die Gewerkschaften und sie werden es mit steigender Kraft und Verantwortlichkeit und mit der Entwicklung des Tarifwesens immer mehr werden müssen.

Der Nichtigkeit dieses Urteils steht die Tatsache gegenüber, daß sich in den letzten Jahren Fälle von Disziplinslosigkeit, von offener Auflehnung der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Verbandsbeamten und Verbandsleitungen gezeigt haben, in den christlichen Gewerkschaften bedeutend weniger wie in den sozialdemokratischen Verbänden. Gerade letztere haben gravierende Fälle zu verzeichnen gehabt — eine natürliche Folge der noch herrschenden rabiaten Phrasen, vor allen Dingen aber eine Folge der starken Beeinflussung der sozialdemokratischen Verbände durch die sozialdemokratische Parteipresse. Aber auch diese Verbände werden sich in ihrem eigenen Interesse an die systematische Bekämpfung dieser Erscheinungen denken müssen, wenn auch von vornherein feststeht, daß sie den Ausgleich zwischen demokratischem Prinzip und gewerkschaftlicher Disziplin nicht so leicht werden finden können, wie es bei den christlichen Gewerkschaftlern sehr wohl der Fall sein kann.

Wenn hinsichtlich der Einwirkungen der christlichen Gewerkschaften auf das

geistig-sittliche Streben

der Arbeitermassen noch manches vermißt wird, so liegt das teils an der Jugend der Bewegung (immer neue Massen strömen zu!), teils an den Hemmnissen, welche die aufreibende Organisations- und Agitationsarbeit hinsichtlich der vollen Auswirkung der moralischen Kräfte der Bewegung bieten, teils aber auch daran, daß man zuviel nach der Richtung hin von den Gewerkschaften erwartet. Die Gewerkschaftsbewegung ist nur ein Teil der Arbeiterbewegung, sie kann nicht das gesamte Denken und Fühlen des Arbeiters umfassen; ihre bildnerische und erzieherische Arbeit kann darum nur Stückwerk sein. Allgemein geistige, sozialpolitische und tiefgreifende sittlich-religiöse Erziehung und Durchbildung der Arbeitermassen fällt außerhalb des Aufgabenspektrums der Gewerkschaften; sie ist Sache der konfessionellen Arbeitervereine und der politischen Organisationen.

In den tariflich fortgeschrittenen Gewerben wird der durchaus günstige Einfluß des gewerkschaftlichen Geistes auf das

Gewerbe und seine Entwicklung

nicht bestritten. Lächerliche Angst und bewegliche Klagen über die „Gefahr“ der gewerkschaftlichen Bewegung finden wir meist in den Gewerben, wo sich die Unternehmer noch in einem „Herrenstandpunkt“ gefallen, in Gewerben, die noch wenig gewerkschaftlich bearbeitet sind. Da nur mutet man den Gewerkschaften noch eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den tatsächlichen gewerblichen Zuständen und Erfordernissen zu, als wäre es einer Gewerkschaftsleitung möglich, Erfolge zu erzielen, indem sie ins Blaue hinein projektiert. So liegen aber die Dinge nicht. Das Eigeninteresse der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder erfordert naturgemäß die Berücksichtigung und Abwägung aller einschlägigen Fragen und Tatsachen. „Starke Organisationen auf beiden Seiten stellen eher eine Friedens- wie eine Kampferwartung dar“ — das ist der gesunde Grundgedanke, der sich in vielen Gewerben bereits durchgesetzt hat. Je vollkommener die tariflichen Abmachungen sind, umso inniger wird der Kontakt der Arbeiterorganisation mit dem Gewerbe, umso mehr wird sie mit dem Zustand und den Geschicken des Gewerbes verbunden. Freilich hat ein solcher Zustand auf Unternehmerseite die Preisgabe des sogenannten „Herrenstandpunktes“, die Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichberechtigte Interessenvertretung und den Willen zur Zusammenarbeit mit ihr zur Voraussetzung. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind, einigt man sich sehr rasch über die materiellen Forderungen, sei es sogar mit Zustimmung des Rates und der Entscheidung von Unbefähigten. Die geregelten und auf längere Zeitdauer geschichteten Arbeitsverhältnisse bringen aber nicht nur das Arbeiterbudget in ein Stadium der Ruhe, sie erhöhen die Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit. Die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen bringt etwas Einheitsmäßiges in die Produktionsbedingungen überhaupt und der Vertrag gibt dem Gewerbe Frieden, Stabilität.

Für die Organisation der Arbeiter selbst bedeutet die tarifliche Zeit mehr Ruhe in der Agitation; die zeitraubende Vorbereitung und Durchführung von Bewegungen fallen weg. Zeit und Gelegenheit sind gegeben zur Erweiterung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Kenntnisse der Mitglieder, zur systematischen Durchsichtung der beruflichen Verhältnisse, zur besseren Pflege des fachlichen Bildungswesens und zur Pflege der Berufsstabilität.

Auch für eine Reihe unserer Verbände (Bauhändler, Holzarbeiter, Maler usw.) ist mit den getätigten Neuauflösungen von umfassenden Tarifen eine Zeit der Ruhe angebrochen. Was nun tun? Wir würden diese Zeit schlecht ausnutzen, wenn wir unser Augenmerk bloß, rein äußerlich, auf die Erhaltung des Mitgliederbestandes richten wollten. Praktisch ist es ja so, daß, wenn wir die in der Zeit der Bewegung zugeströmten Massen der Organisation dauernd erhalten wollen, wir für Auffklärung und mehr Wissen sorgen müssen. Ohne die Vermittlung tieferer Kenntnisse über das Wesen, die Haupt- und Nebenzwecke, die mittelbaren und unmittelbaren Aufgaben unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung muß ein Teil dieser Zugeströmten dem Fluglande gleich verloren gehen. Unsere Sorge muß dahin gehen, ihre Zugehörigkeit zu uns zu einer Benutzung zu machen. Damit nicht genug. Wir müssen die Voraussetzungen zu weiteren Fortschritten der Organisation und zu weiteren Erfolgen schaffen, das heißt: Festigung und Ausbau der Organisation, Schaffung von Unterlagen für spätere gewerkschaftliche Aktionen und nicht zuletzt Erziehung unserer Mitglieder.

Zur Verbands-Generalsammlung.

Es sind so viele Zuschriften bei der Redaktion eingegangen, die zur Generalsammlung Vorschläge machen, daß unmöglich der Wunsch, „bitte in der nächsten Nummer zu veröffentlichen“, erfüllt werden kann. Wir werden die Zuschriften in der Reihenfolge veröffentlichen, wie sie uns zugegangen sind. Dann möchten wir die Kollegen, die zur Feder greifen, bitten, nur neue Gesichtspunkte in die Debatte zu werfen und Wiederholungen vermeiden. Die Redaktion.

Zu den von den Kollegen im Organ gemachten Vorschlägen betr. Reform des Beitrags- und Unterstützungswesens will ich auch meine Meinung äußern. Vollständig einverstanden bin ich damit, daß die Unterstützungsfrage da herabgesetzt werden, wo es dem Mitglied möglich ist, nach kurzer Mitgliedschaft mehr aus der Organisation herauszukommen, als wie er sie angeht. Ich meine hier Sterbe- und Krankengeld. Wollen wir mehr Stabilität in unserer Mitgliedschaft haben, dann müssen wir die „Blender“ fallen lassen. Wenigstens sollten, mit Ausnahme für Heimarbeiter, bis zur 30 Pfgs.-Klasse diese Unterstützungen ganz in Wegfall kommen. Ich will die Gründe für diesen Vorschlag nicht angeben, das würde zu weit führen; nur eins möchte ich sagen: gerade diejenigen, die in den unteren Beitragsklassen zahlen, das sind mit wenigen Ausnahmen auch in den meisten Fällen diejenigen, die kein Rückgrad besitzen und die erste beste Gelegenheit benutzen, um über den Verband und dessen Einrichtungen vom Leder zu ziehen. Die Kolleginnen und Kollegen werden vielleicht erstaunt sein über eine so herbe Sprache, aber es ist die Sprache eines christlichen Gewerkschaftlers, der von Anfang an Mitglied des Verbandes war und

weiß Gott wie oft schon beobachtet hat, daß gewissenmaßen Unfug mit unseren Unterstützungsleistungen getrieben wurde.

Von den bisher bestehenden Unterstützungsleistungen sind zwei, nämlich Streik- und Gemafregelunterstützung, Selbstzweck und unzertrennlich mit unserer Organisation verbunden. Alle unsere anderen Unterstützungen sind Mittel zum Zweck. Zu der ersten Unterstützungsart soll ein neuer Zweig hinzukommen und zwar die Arbeitslosenunterstützung.

Hier ist es wohl angebracht, von vornherein zu erklären, daß weibliche Mitglieder mindestens 30 Pfgs. und männliche Mitglieder mindestens 40 Pfgs. Beitrag entrichten müssen, wenn sie an dieser Unterstützung teilhaben wollen. Noch besser wäre es, die 15 und 20 Pfgs.-Beitragsklasse ganz fallen zu lassen und die jugendliche und Heimarbeiter der 20 Pfgs.- für alle erwachsenen weiblichen die 30 Pfgs.- und für erwachsene männliche die 40 Pfgs.-Klasse als geringste Beitragsklasse in Anrechnung zu bringen.

Dann wäre ferner die Frage zu prüfen:

Arbeitslosen- oder Erwerbslosenunterstützung?

Es ist nicht zu leugnen, in Zeiten der wirtschaftlichen Krise versuchen es die Arbeitgeber, die Löhne der Arbeiter herunterzusetzen, um die Produktionskosten zu vermindern. Das Ueberangebot von Arbeitskräften begünstigt diese Praktiken. Der arme Arbeiter ist nämlich gezwungen, seine Arbeitskraft dem Unternehmer zu jedem Preise zu verkaufen. Kann die Organisation das Drängen nach Arbeit durch eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung verhindern, dann ist ein großer Uebelstand aus der Welt geschafft. Denn das wird jeder erfahrene Gewerkschaftler zugeben: es bedarf der größten Anstrengungen, um 1) einmal in Zeiten der wirtschaftlichen Krise, wenn die Löhne gedrückt werden, die Arbeiter bei der Organisation zu halten und 2) bei aufsteigendem Konjunktur die gekürzten Löhne wieder zu erhöhen. Um diesem Uebel zu steuern, muß die Gewerkschaft zur Einführung der genannten Unterstützung schreiten. Das Angebot von Arbeitskräften muß zurückgehalten werden, um den Arbeitsvertrag möglichst günstig zu erhalten. Für die Verbandsleitung ergibt dieses aber eine Unsumme von Arbeit mehr. Es müssen dann an allen Orten, wo Textilindustrie besteht, Arbeitsnachweise eingeführt werden, welche mit einem bald erreichenden Zentral-Arbeitsnachweis des Verbandes in dauernde Verbindung ständen. Hierdurch muß es ermöglicht werden, überschüssige Arbeitskräfte abzuschicken und zwar dahin, wo solche fehlen. Das dieses aber leichter gesagt ist, wie getan, weiß jeder erfahrene Gewerkschaftler. Hierbei spielt einestell die Sphärität der Arbeiter, andererseits die Verschiedenartigkeit der Industrie eine große Rolle. Von einer Unterstützung bei Arbeitslosigkeit kann aber wohl keine Rede sein, solange nicht alles bis ins einzelne hinein gründlich geprüft und entsprechend geregelt ist. Auch bliebe noch zu berücksichtigen, daß durch Einführen immer neuer Unterstützungsarten die Ortsgruppenkassierer bedeutend mehr Arbeit bekommen würden. Wir müssen aber auf eine Entlastung der Kassierer hinarbeiten.

Jedoch kommen wir zur Erwerbslosenunterstützung. Reise- und Krankenunterstützung werden ebenfalls bei Erwerbslosigkeit, Arbeitslosenunterstützung ebenfalls. Legen wir nun einmal diese drei Unterstützungs-zweige zusammen und gebrauchen wir dafür den Ausdruck Erwerbslosenunterstützung. Wir hätten dann schon technisch eine nicht zu unterschätzende praktische Vereinfachung unseres gesamten Unterstützungswesens. Selbstverständlich müssen in den Fällen, wo Erwerbslosigkeit vorliegt, die Gründe derselben genau gekennzeichnet und eventl. durch Dokumente bestätigt werden. Wenn also jetzt etwas Neues geschaffen werden soll, dann können wenigstens teilweise die Mittel zum Zweck fortfallen und etwas mehr Selbstzweck geschaffen werden. Erwerbslosenunterstützung bedeutet aber mehr Selbstzweck für unsern Verband wie Reise- und Krankenunterstützung; gleichzeitig umfaßt Erwerbslosigkeit den Begriff Arbeitslosigkeit. Notwendig aber ist es, eine genaue Fassung dafür zu suchen, wenn bei Arbeitslosigkeit die Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden kann, damit wir den „Kassenarbern“ das Handwerk legen können. Ein weiterer Grund für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung ist dann schließlich auch noch der, daß die Ortsgruppenkassierer bei der Beschmelzung der verschiedenen Unterstützungsarten wesentlich entlastet werden.

Was nun aber der Kernpunkt bei der ganzen Sache sein muß, das ist die Stärkung unserer Verbandskassen. Durch Einführen der Erwerbslosenunterstützung bleibt selbstverständlich die Erhebung der Beiträge bestehen, und ich glaube, die hier vorgeschlagene Bewegung wird im beschriebenen Rahmen, aber die Unterstützungsleistungen können nicht zu hoch geschraubt werden, weil die Unterstützungsleistung, die zusammengelegt werden sollen, im Unterstützungsfall einheitlich geregelt sein müssen und deshalb gleichlaufende Karenzzeiten und Abstrafungen haben müssen. Ein guter Finanzmann kann hier für die Zentralkasse eine ergiebige neue Einnahmequelle schaffen.

Wer nicht allein dieses alles hat den Schreiber dieses veranlaßt, seine Meinung betr. der Arbeitslosenunterstützung kund zu tun, sondern es spielt hier noch ein ganz anderes und nicht zu unterschätzendes Moment mit. Aus all den Zuschriften zur Arbeitslosenunterstützung konnte man mehr oder weniger herauslesen, daß neue Zugmittel für die Organisationen zu suchen seien. Die Kollegen huldigen hier zu sehr der Gepflogenheit der sozial. Gewerkschaften, möglichst viel Tam-Tam zu schlagen, um die Leute an

saluden. Man vergißt dabei garz und gar, daß gleich-
zeitig durch Auszählen dieser Unterstüßungen die
Kontrollkästen außerordentlich geschwächt werden und
daß dadurch der Hauptzweck der Organisationen in
den Hintergründ gedringt wird. Darum halten wir
festen im Auge: Die Arbeitslosenunterstüßung ist
unbedingt zu vermeiden, wenn sie nur Mittel
zum Zweck sein soll. Wir haben keine Veranlassung,
eine Anzahl jener Prachtexemplare von Mit-
gliedern zu erziehen, die nur dann der Organisation
beitreten wollen, wenn sie bald Nutzen und zwar
möglichst greifbaren Nutzen von derselben haben.
Es ist doch klar, daß wir nicht so großen Wert auf
die Zahl der Mitläufer legen dürfen, sondern daß
wir Wert darauf legen müssen, möglichst Gewerkschaftler
in unsere Reihen zu vereinen. Haben wir dieses,
dann braucht uns um die Zukunft unseres
Verbandes nicht bange zu sein.

Also resumieren wir einmal kurz: So wichtige
und schwerwiegende Gründe für die Einführung der
Arbeitslosenunterstüßung sprechen mögen, noch wichtiger
und noch viel schwerwiegender sprechen im
jetzigen Moment dagegen. Anders aber ist es mit
der Erwerbslosenunterstüßung, bei der die Ar-
beitslosigkeit ja auch, aber nur bedingungsweise in
Frage kommt. Andererseits hätte die Erwerbslosen-
unterstüßung den Vorteil der technischen Einfachheit,
und nicht zuletzt würde durch die Einführung derselben
in dem hier angegebenen Rahmen die Zentral-
kasse kolossal gehärtet werden können. Dieses darf,
was uns allen klar sein, im Interesse unserer
Bewegung nicht aus dem Auge gelassen werden.

Bei Einführung der Erwerbslosenunterstüßung
würden Organisation sowie Mitglieder nicht zu
unterschiedlichen Vorteilen geboten; auch dient die Er-
werbslosenunterstüßung mehr dem Selbstzweck,
welches kann man aber von der Arbeitslosenunter-
stüßung, soweit wie bis jetzt davon die Rede gewesen
ist, durchaus nicht annehmen.

Eine andere Unterstüßungsart wird von einem
Kollegen in Nr. 25 unseres Organs angeführt, eine
Beihilfe zur Aussteuer bei der Verhei-
ratung weiblicher Mitglieder. Obgleich ich
nun zwar entschieden dagegen bin, daß wir Einzelnen
innerhalb unserer Reihen eine Extrawurst braten, so
verneint diese Unterstüßungsart doch sehr sympathisch.
Es ist richtig, daß unsere weiblichen Mitglieder bis
heute von der Organisation ziemlich mütterlich
behandelt worden sind, obgleich manche von ihnen
befähigt wären, nicht nur neben, sondern sogar
über vielen ihrer männlichen Kollegen zu stehen. Auch
nehmen dieselben Gemütsregungen, Neige- und eventl.
Arbeitslosenunterstüßung bedeutend weniger in
Anspruch.

Was bieten wir nun diesen Mitgliedern anderer-
seits, nicht? Dann dürfte ferner hierbei nicht ver-
gessen werden, daß agitativer angewandte, diese
Unterstüßungsart unter den Arbeiterinnen mächtig
ziehen und doch nicht viel kosten würde. Es läme
auch hier auf das Vorliegen einer zweckmäßigen
Anzahl an. Biele Mädchen erklären: Die
Organisation hat für mich keinen Zweck, ich heirate
doch bald. Diesen Einwand wird man gut zurück-
schlagen können, wenn man auf die Unterstüßung
bei der Verheiratung hinweist. Die Kollegen werden
mir vielleicht entgegenhalten, ich sei unkonsequent,
was ich bei der Arbeitslosenunterstüßung beurteilt
hätte, wollte ich hier empfehlen, nämlich Mitglieder-
unterstüßung. Bei den weiblichen Mitgliedern lassen sich für eine
derartige Handlungsweise die trefflichsten Gründe an-
führen. Haben wir z. B. von 15 oder 16 Jahren an
die Kolleginnen im Verband und dieselben scheiden
bei ihrer Verheiratung mit einem guten Einkommen
aus, dann haben wir viel gewonnen. Die Kollegin,
die früher treues Verbandsmittelglied war, wird auch
als Mutter dafür sorgen, daß ihre Kinder ebenfalls
der Organisation den Tribut zollen; ebenfalls wird
der Mann einer solchen Kollegin keinen leichten
Sterb haben, wenn er nicht Gewerkschaftler ist.
Das ist die Veranlassung, weshalb wir mit der Ein-
führung dieser Unterstüßungsart einverstanden sein
können. Die Ungleichheit im Zielen von Unterstüßung
wird hierdurch aufgehoben. Die Unterstüßung hat
speziell bei den fernstehenden Kolleginnen agitatorische
Wirkung. Fr. P.

Sterbenunterstüßung.

In Nummer 26 der "Textilarbeiter-Zeitung"
plädiert ein Kollege für Herabsetzung des Sterbe-
geldes von 30 auf 15 Mk. für einjährige Mitglieds-
dauer. Was die Herabsetzung als Prinzipienfrage
anlangt, bin ich auch damit einverstanden, gestatte
mir jedoch die Bemerkung, daß man sich hier mehr
um praktische Standpunkte leiten lassen sollte.
Ich möchte als erfahrener Vertrauensmann
darauf hinweisen, daß die Sterbenunterstüßung nach
der jetzigen Art ein die Kleinagitation
förderndes Zugmittel darstellt. Der Kollege
schreibt die Unterstüßung beträge nach einjähriger
Mitgliedsdauer mehr als der geleistete Beitrag. Wie
wahr dieses man ist, so bitte ich doch den Kollegen,
zu bedenken, daß es zu den Seltenheiten gehört, daß
Kollegen nach einjähriger Mitgliedschaft sterben.
(? D. R.) Arbeiter, die im Stadium des Alters schon
so weit vorgehrt sind, daß sie bald des Todes ge-
wärtig sein können, organisieren sich nicht mehr, und
solche, die in der Kollatur der Jahre dahingerafft
werden, gibt es wenige. Dieses veranlaßt uns dann
einige Kopien, ich meine aber, deswegen sollte man
nicht das beste Agitationsmittel hinweg lassen. Dann
bedenke man aber auch, daß wir stets bestrebt sein
müssen, die Beiträge zu erhöhen, soll unsere Gewerkschaft
den modernen Anforderungen genügen. Durch
Herabsetzung der Unterstüßungen macht man aber
den Mitgliedern eine Beitragsentwertung nicht, schmach-
haft? Außerdem ist es ja notwendig, eine Einrichtungs-
beihilfe zu zahlen und zur Kräftigung des Verbandes
beitragen hat, zu betätigen, ohne Mitgliedschaft zu
hinterlassen.

Was nun die verhältnismäßige Berechnung
anbelangt, so ist die Ansicht des Kollegen zwar richtig,
jedoch für einen Idealisten nicht so sehr von Be-
deutung, und als solcher möchte ich die Frage vor-
legen: Wie wollen wir die für materialistische Ar-
beiterchaft gewonnen, wenn wir derselben keine greif-
baren Vorteile bieten?

Man wird einwenden, wir ergöben dadurch eine
Mitgliedschaft, die nur nach Vorteilen und nicht nach
Erreichung unserer Ziele trauete. Gemacht, lieber
Grenad, man erzieht keine Arbeiterchaft, wenn man
sie nicht an sich heranzuziehen vermag. Und das
mag man natürlich etwas lösen lassen. Ich bitte
denn, und glaube dieses im Interesse des Gesamt-
wohlens zu tun, daß die kommende Generalversamm-
lung die Sterbenunterstüßung in der alten Höhe
beibehalten läßt.

Agitation unter den Arbeiterinnen.

Ich möchte nun auch einiges über die Agitation
unter den Arbeiterinnen schreiben. Mit Freuden
haben es wohl alle einsichtigen Gewerkschaftler be-
grüßt, daß der Zentralvorstand im Wahlsystem
darauf hinwirkte, auf die Wahl von Kolleginnen Rück-
sicht zu nehmen. Aber hier hat der Zentralvorstand
wohl die Rechnung ohne die Kolleginnen draußen
im Lande gemacht! Da gibt es nämlich eine
große Anzahl, die wohl stets den Mund voll vom
Interesse zur Sache hat, aber wenn's heißt handeln,
— nu ja, dann geht's einfach nicht. Andererseits
möchte ich jedoch auch bemerken, daß ein großer Teil
Schuld die Kolleginnen selbst trifft. Wie sieht es
z. B. mit dem Besammlungsbesuch der Kolleginnen
aus? Schlecht! Darf man mit christlichem Gewissen
sagen, da, wo es Zeit und Gelegenheit gibt, sich zu
schulen, da zeigt sich nur ein geringer Prozentsatz
von den Kolleginnen als für die Sache interessiert.

Möge es der Generalversammlung gelingen, ein
Mittel zu finden, das diese beklagenswerte Interessen-
losigkeit beseitigt. Ein Mittelchen ist bereits ange-
schritten worden, nämlich die Unterstüßung bei der
Verheiratung einer Arbeiterin. Dieser Unterstüßung
stehe ich sympathisch gegenüber, sie wird jedoch
eine bedeutende Mehrbelastung unserer Kasse bedeuten,
und die Kolleginnen werden wohl selber einsehen, daß
es unter den gegebenen Verhältnissen notwendig ist,
daß sie mindestens die niedrigsten Bei-
träge der männlichen Mitglieder leisten. Was nun
diese Unterstüßung als Agitationsmittel anbetrifft,
so schreibe ich mich dem Kollegen in Nr. 26 an,
ergänze jedoch in soweit, als daß die zukünftige Frau,
die bei der Verheiratung eine Unterstüßung von
seiten des Verbandes erhalten hat, nicht nur allein
sorgen wird, daß die Jhrigen dem Verband ange-
hören, sondern sie wird auch nicht mehr als eine
Plage für die Vertrauensleute auftreten.

Arbeitslosenunterstüßung.

Ich möchte nun auch zur Arbeitslosenunter-
stüßung eine Ansicht zur Diskussion stellen. Daß
wir dieselbe einführen müssen, ist wohl einem
jedem klar, aber wie? Das ist eine Frage, die ganz
besonders, wo wir im Zeichen einer wirtschaftlichen
Krise stehen, schwer zu beantworten ist. Höhere Bei-
träge heißt es allenfalls, und die Kollegen und
Kolleginnen haben launigen Lebens, geschweige
denn, daß sie noch höhere Beiträge zahlen können.
Dann hat man auch wieder welche, die wohl können,
aber nicht wollen, weil es ihnen gar zu große
Schmerzen bereitet, für die Interessen der Arbeiter
etwas herzugeben. Meine Ansicht ist nun, daß die
Beitragsstaffelung das Mittel sein muß, das uns
aus der Klemme hilft, und zwar in der Weise, daß wir
zwei Flügel mit einer Klappe schlagen. Erstens,
die gewöhnliche Beitragsstaffelung und zweitens die
Einführung der Arbeitslosenunterstüßung. J. B. sagen
wir so: den männlichen Arbeitern wird für 40 Pfg.
Beitrag wöchentlich Arbeitslosenunterstüßung gewährt,
weiblichen eventl. für 30 oder 35 Pfg. Wir können
dann den Ortsgruppen, wo zwei Beitragsflügel für
männliche und weibliche Mitglieder bestehen, eine
dritte (höhere) hinzugeben. Was wir damit erreichen
ist folgendes: Wir vermeiden in erster Linie das
Abkippen der Mitglieder wie beim Zwangsbeitrag,
und zweitens werden alle bestrebt sein, möglichst
eine höhere Beitragsstufe zu erreichen, damit sie in
Zeiten der Not gesichert sind. Fr. Krupp.

Zur Einführung der Arbeitslosenunterstüßung.

Die in Augsburg tagende Generalversammlung
wird sich, wie bereits angekündigt, mit der Reform
des Beitrags- und Unterstüßungswesens befassen. Die
Arbeitslosenunterstüßung bildet zweifellos
neben der Streit- und Maßregelungsunterstüßung
ein wesentlicher Bestandteil aller modernen
und vorwärtsstrebenden Arbeiterverbände und wird
von allen einsichtigen Gewerkschaftlern gefordert und
bestätigt. So dürfen auch wir uns dieser Ge-
kenntnis nicht verschließen. Wir müssen uns bereit
erklären, mitzuarbeiten, damit diese so notwendig
gewordene Unterstüßung auch für unsere Verband
eingeführt wird. Der heutige wirtschaftliche Niedergang
mit seiner sich stetig steigenden Arbeitslosigkeit
zeigt uns wieder in grellen Farben die Not unserer
Mitglieder, sowie auch unsere Hilflosigkeit gegen-
über dieser von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Er-
scheinung. Es ist daher ein wäufiges Verlangen, noch
weitere Gründe zu fordern, die die Einführung der
Arbeitslosenunterstüßung rechtfertigen. Bereits haben
in Nr. 26 und 27 unseres Organs Kollegen sich-
haltige Gründe angegeben, die besagen, daß die Ein-
führung einer Arbeitslosenunterstüßung geradezu eine
Lebensfrage für unsere Verband bedeutet. Wenn
man auch eine Erhöhung der Beitragsätze eine Vor-
bedingung ist, so wird man doch eine allgemeine
Beschränkung empfinden.

Wenn wir die statistischen Ermittlungen
(die zwar nicht genau sind) zugrunde legen, so kommen
auf unsere 41000 Mitglieder 1230 Arbeitslose
mit 63444 Tagen oder 10574 Wochen. Wären wir
auf jedes Mitglied pro Woche 11 Mk. Unterstüßung
rechen, so wäre durch die Arbeitslosenunterstüßung
eine Mehrausgabe von 116314,00 Mk. veranlaßt.
Die Kasse würde bei 10 Pfg. plus Beitrag
bei 40000 Mitgliedern jährlich 208000 Mk. betragen.
Die Unterstüßungsbedauer könnte auf 8 Wochen fest-
gesetzt werden für alle Klassen.

Erhöhung des Sterbegeldes.

Zur Erleichterung der Agitation unter den Ar-
beiterinnen hat man eine Gewährung eines Zuschusses
bei Verheiratung eines weiblichen Mitgliedes in Vor-
schlag gebracht. Es dürfte eine solche Unterstüßung
nicht so wichtig sein, weil nur ein Bruchteil in
den Ehestand gelangt. Auch würde es unserem Prinzip
„Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ entgegenstehen. Wie
wir bereits erklärt wurde, ziehen selbst viele Kol-
leginnen einer solchen Unterstüßung nicht sympathisch
gegenüber.

Es wäre daher gehalten, in einer anderen Weise
den Kolleginnen ein Entgelt abzugeben zu bieten und
das wäre u. E. durch eine entsprechende Erhöhung
des Sterbegeldes zu erreichen. Gerade die Höhe
der Unterstüßung dürfte die Veranlassung sein, daß
die Mitglieder sich an den Verband scheitern lassen. Eine
Kollegin, die durch Verheiratung oder durch sonstige
Verhältnisse gezwungen ist, nicht mehr als ein unbe-
stimmtes Mitglied zu gelten, würde sich die Sterbenunter-
stüßung durch Zahlung eines entsprechenden Beitrages
lösen können. Wir machen doch täglich die Er-
fahrung, daß Arbeiter und deren Frauen noch auf
weitere Sterbe- und sonstige Vergütungen ein-
gehen, um bei einsetzender Not gesichert zu sein.
Daraus haben wir auch zu unserer großen Überraschung,

daß die Schuldlektüre mehr und mehr in Ar-
beiterkreisen Eingang findet, weil mit dem Abonnement
eine Versicherung verbunden ist. Hohe Sterbe-
und Unfallunterstüßungen werden von den General-
Anzeigern, „Nach Feierabend“ und von anderen
Blättern mehr ihren Abonnenten geboten. Warum
sollen wir das Bestreben der Arbeiter, sich hohe
Unterstüßungen zu sichern, nicht für unsere Verband
nutzbar machen? Haben wir nicht ein schöneres Ziel
als jene, die sich auf Kosten der armen Arbeiter be-
reichern wollen?

Wenn nun einerseits die Erhöhung des Sterbe-
geldes unsere weiblichen Mitglieder gegenüber ein
Entgeltommen sein soll, so ist es andererseits auch
wieder ein wertvolles agitatorisches Mittel. Wir
haben die Pflicht, notwendige Bervollkommung und
Bervorhebung aller Verbandseinrichtungen soweit sie
im Interesse der gesamten Mitglieder sowie des
ganzen Verbandes sind, vorzunehmen, ganz besonders
dann, wenn sich durch solche die Frustration der Mit-
glieder verhindern läßt. Durch große Mitgliederfrucht
gehen dem Verbands jährlich große Summen ver-
loren.

Es wäre ratsam und empfehlenswert, für alle
Klassen gleich eine einheitliche Höhe des Sterbegeldes
festzusetzen und zwar für jedes bezugsberechtigten Mit-
glied 250 Mk. Bei Unglücksfällen dürfte das
Sterbegeld um 100 Mk. erhöht werden. Dieses
Lester würde die Gesamtausgaben nur unwesentlich
erhöhen, dürfte aber bei den Mitgliedern zweifellos
Anklang finden.

Der Etat des Sterbegeldes würde, wenn wir
250 Mk. Sterbegeld zahlten und 200 Sterbefälle in
Anrechnung bringen, 50000 Mk. jährlich betragen.

Die Mehrausgaben, die durch die Einführung der
Arbeitslosenunterstüßung sowie durch die Erhöhung
des Sterbegeldes bedingt werden, betragen zusammen
166314 Mk. Demgegenüber steht eine Mehreinnahme
von 208000 Mk., welche durch einen plus Beitrag
von 10 Pfg. pro Mitglied und Woche erzielt wird.
Der Ueberschuß beträgt noch 42314 Mk.

Da die Arbeit der örtlichen Kassierer, ganz be-
sonders aber des Zentralkassierers schon vielfachzeitig
ist, wäre es zu empfehlen, möglichst alles einfach
zu gestalten. Dieserhalb wären auch die Steigerungssätze
der Krankenunterstüßung der einzelnen
Klassen dahin abzumändern, daß für jede Beitragsklasse
ein Satz festzusetzen ist.

Die oben beprochenen Einrichtungen werden
zweifellos, wenn sie eingeführt werden, von großer
Bedeutung sein und die Frustration der Mitglieder
wesentlich einschränken. Ebenso dürfte den Kollegen
allerorts die Agitation erleichtert werden, und das
ist auch von großer Wichtigkeit.

Sorgen wir vor allem, daß über alle Anregungen
Klarheit geschaffen wird, damit unsere Delegierten
zur Generalversammlung orientiert und — in
der Lage sind, Beschlüsse zu fassen, die zum Segen
des Verbandes und der Mitglieder gereichen.

Albert Stöff.

Aus alten Notizen.

Bei der Durchsicht eines längst außer Gebrauch
gesetzten Notizbuches, so schreibt uns ein Kollege aus
Straßburg, fanden wir den stenographischen Bericht
einer Rede, die der österreichische Arbeiterführer
Sparlowitz vor Jahren in Breslau gehalten hat.
Der Inhalt der Rede ist aber heute noch eben so
aktuell wie damals, und wir wollen ihn daher noch
nachträglich zur Kenntnis unserer Kollegen bringen.
Kollege Sparlowitz führte aus:

Wenn wir die Entwicklung der Kulturstaaten
beobachten, so sehen wir große Veränderungen gegen
früher. Gewaltig sind die Methoden geändert, nach
der wirtschaftliche Güter erzeugt werden. Wir haben
als christliche Männer die Verpflichtung, den Sachen
auf den Grund zu gehen. Dann werden wir bald
zu der Ansicht gelangen, daß die Hülle wohl glänzend,
der Kern aber vielfach noch ungesund ist. Wenn
wir die Eigenschaften des Menschengeistes be-
wundern sollen, so ist es doch auch billig, daß alle
Menschen in angemessener Weise daran teilnehmen.

Wird die Güter heute besser und schneller her-
gestellt werden können als früher, darum sollte man
meinen, daß auch der Arbeiter in erhöhtem Maße
an diesen Gütern teilnehmen könne. Das ist aber
vielfach nicht der Fall. Der Arbeiter verdient viel-
fach nicht genügend, um sich selbst zu ernähren, noch
viel weniger, um von seinem Rechte Gebrauch zu
machen, einen Hausstand zu gründen und eine Familie
zu ernähren. Die Maschine ist vielfach nicht zum
Segen des Arbeiters geworden, oft aber zu einer
großen Gefahr für dessen Leben und Gesundheit.

Die Arbeiter müssen die ihnen gebührende Stellung
in der Gesellschaft fordern. Nicht bloß materiell
wollen wir die Lage des Arbeiters verbessern, son-
dern ihm auch dasjenige Maß von Recht in der
Gesellschaft verschaffen, worauf er berechtigten An-
spruch erheben kann. Es ist nun eine merkwürdige
Erscheinung, daß man, als die Maschine aufkam, den
Menschen nicht nur der Maschine gleichstellte, sondern
ihn oft sogar noch niedriger achtete. Um den Profit
zu vergrößern, mußte der Arbeitgeber den Arbeiter
noch Mühseligkeit aus und kümmerliche sich nicht darum,
ob der Arbeiter seine verbrauchten Kräfte auch wieder
erzeugen konnte. Dadurch fühlte der Arbeiter, daß
er nicht gleichberechtigt war, und dadurch wurde
es der Sozialdemokratie möglich, die anderen Stände
als die geborenen Feinde des Arbeiterstandes hinzu-
stellen.

Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung
sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, und sie
wollen dem Arbeiterstande durch den Arbeiterstand
helfen. Wenn wir als Arbeiter unser Recht ver-
langen, dann fragt man uns oft, wie wir daselbe
begründen wollen. Die Antwort ist einfach: Kapital
und Arbeit sind auf einander angewiesen. Fehlt
einer dieser Faktoren, so ist es gerade, als ob in
einer großen Stadt eine elektrische Anlage wäre und
es wäre kein Strom da, dann hätte keine Beleuchtung
möglich. Darum geht aus hervor, daß die Gesell-
schaft ein großes Interesse daran hat, daß der Ar-
beiter einträglich bleibt. Wenn der Arbeiter völlig
ohne Sinn und Verständnis seine Arbeit verrichten
würde, dann könnte er seine Aufgabe nicht richtig
erfüllen. Die soll sich der Arbeiter für eine fort-
geschrittene Industrie interessieren, wenn er nur als
Kraft seine Arbeit verrichten soll, und er weiß, daß
ihm davon nichts zugute kommt? Wir sehen aber,
daß es nach ganze Schichten der Arbeiterchaft gibt,
die in den schlechtesten Verhältnissen leben; auch die
Führung des Standesbewußtseins ist ein dringendes
Bedürfnis.

Es sind ganz bestimmte Kreise der Gesellschaft,
die dem Arbeiter die Gleichberechtigung absprechen.
Wir wollen aber die Hebung des Arbeiterstandes
nicht nur im Interesse des Arbeiters, sondern auch
im Interesse der Gesellschaft. Zwei Punkte müssen
wir zunächst feststellen: erstens die wirtschaftliche und
zweitens die soziale Lage des Arbeiters ist eine
unveränderliche. Wenn wir nun prüfen, wie die
Lage des Arbeiters zu verbessern ist, dann werden
uns die verschiedensten Ratschläge erteilt. Es gibt
Leute, die erwarten alle Hilfe vom Staate (Reichs-
Fachschieber). Wir weisen die Hilfe des Staates
nicht von der Hand, aber wir können nicht alle Hilfe
vom Staate erwarten.

Zwei Wege sind es, die dem Arbeiter zu seinem
Rechte verhelfen müssen: die Selbsthilfe und die
Staatshilfe. Die Selbsthilfe muß der Staatshilfe
vorangehen. Ein Volk, das sich nicht aufraffen kann
zur Selbsthilfe, verdient auch schließlich nicht die
Hilfe des Staates. Die Arbeiterchaftsgebäude
ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiter dringend der
Hilfe bedürften. Der Arbeiterstand ist ein ganz neues
Stand unter den anderen Ständen. Zwei Merkmale
sind diesem Stande besonders eigen: seine Besitzlosig-
keit und seine wirtschaftliche Abhängigkeit. Sätte die
Gesellschaft Verhältnisse beseffen für die Bedürfnisse
dieses neuen Standes, so hätte sie sagen müssen:
hier entwickelt sich ein neuer Stand, dem wir die
Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen nicht
verlangen dürfen. Man hat dem Arbeiterstande diese
Gleichberechtigung nicht gewährt, vielmehr muß er
sich dieselbe erst im harten Ringen erkämpfen.

In diesem Ringen um die berechtigten Interessen
muß auch die christlich-nationale Arbeiterchaft ihren
Mann stellen, und zwar in den christlichen Gewerkschaften.

Die Wirtschaftsziele allein vermögen den Menschen
auf die Dauer nicht zu fesseln. Daher müssen unsere
Mitglieder auch ihren konfessionellen Arbeitervereinen
angehören und sich in denselben betätigen, damit
wir zielbewusste, überzeugungstreue, glaubensstarke
Männer haben, die das Banner der christlich-natio-
nalen Arbeiterbewegung jederzeit hochhalten. Mögen
es sich unsere Mitglieder immer mehr bemüht werden,
daß sie für eine große, ideale Sache streiten, die
des Schwertes der Edlen wert ist.

Mündliche Mietverträge.

Vorsichtige Leute, die sich vor unangenehmen
Ueberraschungen und finanziellen Schädigungen aller
Art schützen wollen, schließen überhaupt nur schrift-
liche Verträge ab. Aber leider sind eben nicht alle
vorsichtig und — mißtrauisch genug. Ein gewisses
Maß von Mißtrauen gehört nun einmal heutzutage
zu den unerlässlichen Eigenschaften dessen, der mög-
lichst sicher gehen will.

Vor allen Dingen ist es aber notwendig, die
gesetzlichen Bestimmungen über mündliche und schrift-
liche Mietverträge kennen zu lernen. Wir sind nicht
instande, das Prinzip unseres geltenden Zivilrechtes,
das im Bürgerlichen Gesetzbuch zum vorläufig binden-
den Ausdruck gelangt ist, gutzuheißen, wonach
eine mögliche Formfreiheit der Verträge erstrebt
wird und dieses Streben soweit geht, unter bestimm-
ten Umständen auf jede schriftliche Form überhaupt
zu verzichten. Der Ehrliche, Gutgläubige, wenig
Gewandte zieht dabei meist den kürzeren.

Das Gesetz regelt die Sache nun in folgender
Weise:

Für die Mietverträge ist dann die schriftliche
Form erforderlich, wenn die Verträge für eine län-
gere Zeit als ein Jahr abgeschlossen werden. Ob
die gemieteten Lokalitäten aus Wohnungen, Lager-
räumen u. bestehen, spielt hierbei keine Rolle. Der
§ 566 des B. G. B. besagt: Für Grundstücksmiet-
verträge von mehr als einjähriger Dauer ist der
Vertrag schriftlich abzuschließen. Nun wird man
geneigt sein, anzunehmen, daß im Falle der Ver-
letzung dieser gesetzlichen Bestimmung der ganze
Vertrag, wie es sonst bei derartigen Verletzungen
Regel ist, von vornherein ungültig ist. Diese An-
schauung ist unrichtig. Trotzdem bleibt der Vertrag
gültig, — von der Zeitdauer abgesehen. Es fällt
die Gültigkeit nur für jene Zeit fort, die über die
einjährige Dauer hinausgeht. Das Gesetz sieht den
Vertrag zwar als auf unbestimmte Zeit geschlossen
an, läßt jedoch die Kündigung nicht zu einem früheren
Termin als für den Schluss des ersten Jahres zu,
das mit dem vereinbarten Mietbeginn anfängt, nicht
mit der Uebergabe des Mietobjektes. Wenn ein
Wohnung für 10 Jahre gemietet wurde auf Grund
eines mündlichen Vertrages, der vom 1. April 1907
an läuft, so ist der Mieter nur bis 31. März 1908
gebunden; die Verpflichtung für die übrigen neun
Jahre fällt von vornherein weg. Falls wieder vom
Bermieter noch vom Mieter eine Kündigung erfolgt,
so läuft der Vertrag „auf unbestimmte Zeit“ weiter.
Damit ist aber nichts anderes bestimmt, als daß von
jetzt ab sowohl Bermieter wie Mieter an jedem
Quartalsersten in rechtsgültiger Weise kündigen
können. Es fällt also die ausgemachte Verbindlich-
keit für die kommenden Jahre ganz fort; weder das
eine noch der andere Teil ist in irgendeiner Weise
an sie gebunden.

Das Reichsgericht hat in seinem Entscheid über
diese Frage ausgeführt, daß der imbetragt kommende
Paragraph 566 des B. G. B. zwecks Abmilderung
der durch den Vertrag bedingten Bindung der Ver-
tragsparteien in der Zeit an Stelle des tatsächlich
getroffenen ein fingiertes Abkommen setzt; das an die
Stelle getretene Abkommen enthält keine Bestimmungen
über die Kündigungsfrist; die Annahme, daß der
Gesetzgeber neben der Bestimmung über die Miets-
zeit auch die etwa getroffene Bestimmung über die
Kündigungsfrist beiseite hat, ist daher mindestens
überall da, wo die vereinbarte Frist die längere ist,
als nachteilig geboten.

Ein weit verbreiteter Irrtum ist es, daß die
schriftliche Bestimmung auch der Brief gelten kann.
Der Brief denkt sich, wenn er nur etwas schwarz auf
weiß besetzt, oder fortgegeben hat, so sei das ebenso
rechtskräftig, wie jede andere Schriftform. Dieser
Irrtum ist schon sehr vielen verhängnisvoll gewor-
den; wir erinnern dabei nur an die immer noch
weit verbreitete Ansicht, daß eine Mahnung im ein-
geschriebenen Brief die Verzögerung einer Forderung
zu verhindern vermag. Mancher unerfahrene Ge-
schäftsmann ist durch diese irrthümliche Meinung um
jeden Anspruch auf seine Guthaben gebracht worden.

Der § 126 des B. G. B. bestimmt, daß, wenn
durch das Gesetz für einen Vertrag die schriftliche
Form angeordnet wird, die Unterscheidung der Vor-
setzt auf dem nämlichen Schriftbild faktisch

hat oder auf mehreren gleichlautenden Urkunden; das sind in diesem Falle die üblichen Mietvertragsformulare.

Einen interessanten Fall entschied vor einer Reihe von Jahren das Reichsgericht. Die Parteien hatten im Mai 1901 das mündliche Abkommen getroffen, daß der zwischen ihnen durch Briefwechsel für die Zeit vom 1. Januar 1899 bis 31. Dezember 1901 geschlossene Mietvertrag unter den gleichen Bedingungen bis zum Schluß des Jahres 1904 weiterlaufen und eine Kündigung desselben außerdem nur vom 1. Januar bis wieder zum 1. Januar angängig sein solle.

Es kommt weiter ziemlich häufig vor, daß beide Teile sich über die Einzelheiten ihres Abkommens mündlich völlig verständigen und beschließen, diese Bestimmungen demnach schriftlich in Form eines Vertrages festzulegen. Durch Käuflichkeit oder irgend welche Zufälligkeiten kommt aber der Vertrag vorläufig nicht zustande. Ergibt sich in dieser Zwischenzeit eine Streitigkeit, so gilt der Vertrag als nicht geschlossen, es müßte denn sein, daß der Beweis erbracht wird, daß auch die mündliche Vereinbarung — da, wo sie geschäftlich zulässig ist, — schon als gültiger Vertrag von beiden Seiten bestimmt wurde und die spätere schriftliche Festlegung nur gleichsam als Ergänzung, als Bestätigung dieser mündlichen Vereinbarung mit der ausgesprochenen Absicht, später einen schriftlichen Vertrag abzuschließen, erfolgte, so genügt die bloße Bestätigung durch Briefwechsel, um den Vertrag rechtskräftig zu machen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten.

Machen.

Die geplanten Verschlechterungen bei der Firma Königberger erfolgreich abgewehrt. Nach sechswochenlangem Kampfe ist der Streit bei der Firma Königberger am Freitag, den 10. Juli mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Es handelte sich um die Abwehr eines neuen Lohnsatzes, der eine Lohnreduktion von 4—10 Prozent vorsah. Wir werden in der nächsten Nummer ausführlich über diese Bewegung berichten.

Dillingen.

Streitigkeiten in der Windfabrik Schreckheim. Schon seit längerer Zeit besteht in genannter Fabrik ein gespanntes Verhältnis zwischen Fabrikleitung und Arbeiterchaft. Die Direktion hat sich zur Aufgabe gestellt, die Organisation der Arbeiterchaft zu vernichten, und dies geschieht durch fortwährende ungerechtfertigte Entlassungen. Der letzte Fall strotzt geradezu aller Bezeichnung. Ein Arbeiter von Schreckheim mit seiner Frau und seiner Tochter waren schon seit langen Jahren in der Fabrik beschäftigt, so z. B. die Mutter schon 18 Jahre. Nun wurde die Tochter krank. Die Ärzte rieten den Eltern wie auch dem Mädchen, wenn ihm sein Leben lieb sei, so solle es die Fabrik verlassen. Nachdem nun das Mädchen eine Stelle gefunden und gekündigt hatte, so wurde den Eltern sofort auch gekündigt mit der Bemerkung: weil ihre Tochter ginge, müßten sie auch gehen! Nach dem auch schon vorher einige ebenso ungerechte Entlassungen stattfanden, so hat die gesamte Arbeiterchaft zu dieser Sache Stellung genommen und erklärte sich mit den Entlassenen solidarisch. Eine Vermittlung durch den zweiten Zentralvorstand, Kollegen Siebenich, wurde vom Direktor abgelehnt. In der Versammlung am 10. Juli wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Arbeiterratsrat soll Samstag, den 11. Juli bei der Direktion vorstellig werden und um Wiedereinstellung der Entlassenen nachsuchen. Wird dies abgelehnt, so reichen sämtliche organisierten Arbeiterinnen ihre Kündigung ein.“ Der Herr Direktor küßel erklärte dem Arbeiterratsrat, die Entlassenen würden nicht wieder eingestellt, und so erfolgte die oben angegebene Kündigung. Dieser Schritt ist der Schreckheimer Arbeiterchaft durch das Vorgehen der Direktion aufgezwungen worden. Vor Zugung sei strengstens gewarnt.

Warendorf.

Der Streik beendet. Der Ausperrungsbeschluß aufgehoben. Seit Mitte März kämpften die Arbeiter gegen die Pückerinnen bei Brinthaues gegen eine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses. Alle Versuche des Arbeiterratsrat sowie der Verbandsleitung, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten an dem starken Herrenstandpunkt der Firma und des Arbeitgeberverbandes. Selbst die Vermittlung befreundeter Personen

konnte es nicht bewirken, daß eine Verhandlung mit Verbandsvertretern stattfinden konnte.

Seit 4 Wochen waren bereits sämtliche christlich organisierten Textilarbeiter von Warendorf und Umgebung ausgeperrt. Da auch dieses noch nicht nützte, so hatte der Arbeitgeberverband zum 11. Juli sämtliche innerhalb seines Verbandsgebietes beschäftigten christlich organisierten gekündigt. Im Ganzen waren 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt. Am 7. Juli fand daher nochmals eine Besprechung über die Situation zwischen dem Ortsgruppenvorstand, dem Arbeiterratsrat, den Pückerinnen und zwei Verbandsvertretern statt. Nachdem die Pückerinnen unter sich eine längere Beratung abgehalten, faßten dieselben folgenden Beschluß:

„Wir erkennen an, daß der Verband und seine Zeitung alles getan haben, um unsere Sache zu einem befriedigenden Ende zu führen. Wir erkennen ferner an, daß unsere Mitglieder von hier und Umgegend uns in dem Kampfe nach Kräften unterstützt haben. Nachdem aber immer noch der Arbeitgeberverband jedes Entgegenkommen strickt ablehnt, können wir es im Gewissen nicht verantworten, daß unser wegen weitere 3000 Arbeiter ausgeperrt und mit ihren Familien einem ungewissen Schicksal anheimgelassen werden und auch ihrerseits große Opfer bringen sollen. Wir erklären uns daher bereit, zu der von der Firma Brinthaues gestellten Bedingung wieder die Arbeit aufzunehmen, damit der Friede wieder eintrete.“

Die Pückerinnen, ruhige und besonnene Kolleginnen, verlangten von ihren Mitbrüdern und -Schwestern nicht weitere Opfer. Sie haben gezeigt, daß sie in Punkt B verantwortlich nicht anders denken als die Arbeitgeber. Letztere wollten absolut einen Vernichtungskampf führen. Das sollte ihnen nicht gelingen.

Die Firma Brinthaues ist als Siegerin aus der Bewegung hervorgegangen. Ob sie dieses Sieges froh sein wird, bezweifeln wir, denn soviel ist sicher, die Mittel, die zur Erreichung des Zweckes angewandt wurden, sind nicht dazu angetan, einen dauernden Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitern herbeizuführen. Auch wird die Firma länger an den Folgen tragen, als sie heute ahnt. Die neue Fabrik ohne Arbeiter in Frensdorff wird ihr noch oft die Vertommnisse vom Frühjahr 1908 ins Gedächtnis zurückrufen.

Am 13. Juli wurde die Arbeit in Warendorf und Sassenberg in allen Betrieben wieder voll aufgenommen. Drei Arbeiter der Firma Brinthaues sollen aber nicht wieder eingestellt werden. Ein Auszubildender, ein Arbeiter in Warendorf — und der Vorsteher von Sassenberg. Das Auszubildende wollte jedoch überhaupt nicht mehr in die Fabrik, da es schon andere Arbeit vorher angenommen hatte. Den Vorstehenden von Sassenberg hat man bei der Firma beratschelt, daß sich mit der Sache noch wohl das Gericht befassen wird. Der Dritte wird aber auch andere Arbeit erhalten.

Es muß rühmend anerkannt werden, daß die gesamte Arbeiterchaft sich während der ganzen Bewegung musterhaft verhalten hat. Es ist dieses um so mehr anzuerkennen, als die Organisation dort erst zwei Jahre alt ist. Niemand hat gewankt. Wenn auch in den ersten Tagen nach der Beendigung mancher etwas erregt war, weil man so sicher auf einen Erfolg gerechnet hatte, so war doch bis zum 12. Juli die Ruhe im allgemeinen wieder eingekehrt.

Die Arbeiter werden aus dieser Bewegung die richtige Lehre zu ziehen wissen. Wenn sie auch eine Niederlage erlitten haben, — die kann wieder ausgeglichen werden — dann werden sie doch in aller weisfähriger Treue und Einigkeit zusammenhalten. Jedenfalls haben aber auch die Arbeitgeber gelernt. Geben, daß sich die Arbeiter nicht mehr alles bieten lassen, und daß eine solche Bewegung auch ihnen großen Schaden zufügt. Vielleicht kommen auch sie bald zu der Ueberzeugung, daß Wege gesucht werden müssen, um derartige Differenzen friedlich zu regeln. Wir meinen: Einrichtung von Schiedsgerichten und Schlichtungskommissionen. Was anderswo geht, geht auch bei uns. Bei den Arbeitern ist der gute Wille vorhanden. Mögen auch die Arbeitgeber die Zeiten endlich verstehen lernen.

Aus unsern Bezirken.

Bamberg-Fulda.

Um die Vorurteile bei den Angehörigen der anderen Berufsstände gegen unsere Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen, dann aber auch, um Aufklärung über unsere Bestrebungen in die Reihen der noch unorganisierten Arbeiter zu bringen, fanden in den Tagen vom 28. Juni bis einschließend 3. Juli in den um Fulda liegenden Orten Bilsgrätzell, Eichenzell, Künzsell und Bachrain größere öffentliche Versammlungen statt. Diese waren dank der planmäßigen Agitation und Vorbereitung verhältnismäßig gut besucht. In allen Versammlungen sprach in längerer Ausführungen unser Bezirksvorsteher, Kollege Müller aus Bamberg, über die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Der Zweck dieser Versammlungen wird nun vollständig erreicht, wenn die Kollegen sofort nach diesen Versammlungen durch eine gründliche Agitation und Aufklärung von Mund zu Mund die noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen unserm Verbande zuzuführen versuchen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dahlhausen. Leider war unsere am 28. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung schlecht besucht. Es wurde zunächst beschlossen, den Ausflug am 9. August zu machen. Eine längere Aussprache entspann sich bei dem Punkt: Anträge zur Verbandsgeneralversammlung. Verschiedene von anderen Ortsgruppen gestellte Anträge sollen unterstützt und zwei von unserer Ortsgruppe gestellt werden. Hierauf hielt Kollege Fahrenbrugg einen Vortrag über das Thema: „Weshalb organisieren wir uns auf christlicher Grundlage?“ In seinem ¼stündigen Vortrage verstand es der Redner, uns die Sache klar zu machen, unter Hervorhebung des Zusammenhanges auf christlicher Grundlage und Zurückweisung des Vorwurfs der Arbeiterzerstückelung. Mit einigen kurzen Dankesworten seitens des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Die Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung findet am Samstag, den 25. August, abends 8 Uhr im Vereinslokal statt. Wir erwarten das Erscheinen sämtlicher Mitglieder und machen darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher mitzubringen sind.

Forst (Rauff). In der am 27. Juni stattgefundenen Generalversammlung wurden u. a. die zur Verbandsgeneralversammlung zu stellenden Anträge beschlossen und angenommen. Kollege F. z. M. B. rigt hielt einen Vortrag über die Arbeitslosenfrage. Die Notwendigkeit der Fürsorge, aber auch die Schwierigkeiten dieses Gebietes betont, verhandelt es der Redner, den Anwesenden ein klares Bild über diese Frage zu geben. In der regen Diskussion konnte noch manches geklärt werden.

Greiz. Unsere am 3. Juli aberaumte Versammlung war schwach besucht. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung wurden die Kollegen Albin Beer und Arno Seidel, als Ersatzmann Kollege Rantz vorgeschlagen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde aus der Mitte der Versammlung die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung angeschnitten, die eine lebhafte Diskussion hervorrief. Verschiedene Redner waren der Meinung, daß die Einführung jetzt nicht zweckmäßig und durchführbar sei, da die grundlegenden Bedingungen (obligatorischer Arbeitsnachweis usw.), die eine Einführung rechtfertigen, noch nicht vorhanden seien. Auch sei eine dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge bei den tieftestehenden Löhnen in der Textilindustrie nicht angebracht. Der angelegte Vortrag des Kollegen A. Seidel über: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in der Ostmark“, wurde des schwachen Veranlassungsbereiches wegen auf die nächste Versammlung vertagt; derselbe machte am Schluß einige Ausführungen über Posen und seine sozialen Wohlfahrteinrichtungen.

Gronau i. W. In der Versammlung am 21. Juli wurden so viele interessante Punkte verhandelt, daß diejenigen Kollegen, die die Versammlung geschwänzt haben, sich um einige nützliche Stunden geschädigt haben. Punkt eins wurde dadurch erledigt, daß die Kollegen Schreiber, Spiele und Hugelucht als Delegierte für die Aufstellung der Kandidaten für die Verbandsgeneralversammlung gewählt wurden. Einstimmig wurde beschlossen, die Kollegen möchten die Wahl des Kollegen Sparenberg bei den Dichtbruder Kollegen beistimmen. Kollege Schreiber hielt nun einen Vortrag über die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung. Die Diskussion zeigte, daß alle Kollegen sich von der Wichtigkeit der Arbeitslosenunterstützung überzeugt haben. Ueber das Wie und Aber und in welcher Form diese so nötige Unterstützung eingeführt werden soll, gingen die Meinungen auseinander. Als besonders ungünstig wurde die schlechte Konjunktur für die Einführung angesehen. Die Kollegen waren aber alle der Ansicht, daß die Verbandsgeneralversammlung die Sache zum Wohl aller behandeln werde.

Jungersheim (E.). Daß der Geist der Eintracht und der Solidarität unter der hiesigen Bürgerchaft und besonders unter den Arbeitern immer mehr Platz greift, kam bei der diesjährigen Gemeinderatswahl recht deutlich zum Ausdruck. Hat man es doch verstanden, zwei christlich-national gesinnte Textilarbeiter als Vertreter der hiesigen Arbeiterchaft in den Gemeinderat zu bringen. Es sind das die Kollegen Josef Wessing und Josef Häderdorff, letzterer Vorsteher unserer Ortsgruppe. Ein dritter Kollege, Josef Straub, früherer Vorsteher, wäre um vier Stimmen gewählt gewesen. Dieser Erfolg ist um so erfreulicher, als es das erste Mal ist, daß in Jungersheim Fabrikarbeiter mit solchem Posten betraut werden. Trotz der Schikanen und Verleumdungen, unter welchen wir in letzter Zeit von einigen „Misch“-Kollegen zu leiden hatten, können sich unsere Kollegen dieses Sieges erfreuen. In erster Linie verdanken wir diesen Erfolg unserm gewerkschaftlichen Zusammenschluß, durch welchen die Arbeiter sich selbst achten lernen. Denn wer kann verlangen, daß er von anderen Ständen geachtet wird, wenn er sich selbst nicht zu achten und zu schätzen weiß und jedes kollegialen Zusammenhanges fern bleibt? Mögen unsere zwei Kollegen ihre Pflicht als Vertreter der Arbeiterchaft voll und ganz erfüllen; mögen unsere noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen uns nicht mehr als leeres Gehäule betrachten, unsere Versammlungen besuchen und endlich einmal einsehen, daß nur durch festen Zusammenschluß dem Arbeiterstand zu seinen Rechten verholfen werden kann.

Werden (Ruhr). In der gut besuchten Versammlung am 26. Juni war unser Bezirksvorsteher, Kollege Fahrenbrugg anwesend und hielt einen interessanten Vortrag. Er sprach von der Gleichberechtigung der christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete. Dem Redner wurde für seine Ausführungen reichlich Beifall zuteil. In der regen Diskussion wurde auch von der kommenden Verbandsgeneralversammlung gesprochen.

Werden. Zu den geringst entlohten Arbeitern der Tuchbranche gehören fast allorts die Appreturarbeiter. Dabei sind die Arbeiten in Bleicherei, Färberei und Appretur meist bedeutend anstrengender und gesundheitschädlicher wie die Arbeiten in der Weberei. Und doch die minimalen Löhne. So werden beispielsweise hier in Werden den Appreturarbeitern Löhne von 2,50, 2,70 und 3 M. gezahlt, ein Verdienst, mit dem bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen kaum ein einzelner Arbeiter, viel weniger eine ganze Familie ihre Lebensbedürfnisse decken kann. Wie kommt es denn, daß die Appreturarbeiter so schlecht entlohnt werden? Während der Hochkonjunktur der letzten Jahre sind die Löhne der übrigen Textilarbeiter fast überall gestiegen, während wir Appreturarbeiter leer ausgegangen sind. Das sehen auch die unorganisierten Kollegen ein und klagen und schimpfen Tag für Tag. Spricht man ihnen dann von der Organisation, so hört man das alte abgeleierte: es nützt ja doch nichts, oder: der Verband sorgt nur für die Weber. Ja, sollen wir denn etwa den organisierten Webern zumuten, daß sie den zum allergrößten Teil unorganisierten Appreturarbeitern die Reklamen aus dem Feuer holen, ohne daß wir selbst Hand anlegen; ohne daß wir uns zur Vertretung unserer eigenen Interessen zusammenschließen? Die Weber müssen doch annehmen, daß es uns doch recht gut geht, daß wir häufig zufrieden sind, weil wir nichts zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unternehmen. Regen wir mal selbst unsere bisherige fatalistische Gleichgültigkeit ab, schließen wir uns mit den übrigen Textilarbeitern zusammen, dann werden wir sehen, daß es doch etwas nützt, und daß wir in der Organisation die besten Rechte haben wie die Weber. Ja, die Weber haben sogar ein sehr großes Interesse daran, daß unsere Löhne angehoben werden, denn wir ziehen mit unseren niedrigen Löhnen das ganze Lohnniveau wie ein Bleigewicht nach unten; hindern wenigstens ganz erheblich dessen Aufwärtsbewegung. Also fort mit dem alten Schlenker und hinein in den Verband. Arbeiten wir dort praktisch mit, rufen und taten wir mit unseren übrigen Kollegen zusammen, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Auch die 250 bis 300 in der Tuchbranche beschäftigten Arbeiterinnen von Werden haben bisher noch sehr wenig Verständnis für die Organisation gezeigt. Hier ist noch ein großes Betätigungsfeld für die organisierten Kollegen. Tragen wir Aufmerksamkeit auch in die Reihen der Kolleginnen, Semäden wir uns, die alten Vorurteile zu beseitigen.

Seigen wir den Kolleginnen, wie sie durch ihren Indifferenzismus die Arbeit, ihre Familien und die ganze Arbeiterchaft schädigen. Ueberlassen wir diese aufwändige und agitatorische Arbeit aber nicht den wenigen Kollegen, welche bisher in so unermüdlicher und selbstloser Arbeit seit uns eingetretet sind. Wir müssen mit aller Eifer und Tätigkeit mit, dann werden auch die Beschäftigten unserer Organisation nicht widerstehen können.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

„Ein Leben voll Trägheit, ein Leben, das friedlich dahinfließt aus Mangel an Lust oder Kraft, etwas Großes zustande zu bringen, ist ebenso unwürdig für eine Nation wie für das Individuum.“ Roosevelt.

In dem letzten Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wird gesagt, daß man in Arbeitgeberkreisen meine, in letzter Zeit die Beobachtung machen zu können, bei den christlichen Gewerkschaftsführern wachse das Verständnis für die schwierige Lage der deutschen Industrie. Dazu heißt es in dem Bericht: „Zu dieser Auffassung hätte man auch schließendlich früher schon gelangen können. Dadurch, daß die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von den christlichen Gewerkschaften verworfen und für falsch gehalten wird, ergibt sich von selbst, daß ihre Stellung zum Unternehmertum häufig eine andere sein wird als die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Auch für die Bedarfsfälle und die Lage der Industrie im allgemeinen haben die christlichen Arbeiter volles Verständnis. An der Erhaltung der Konjunkturfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt sind auch die Arbeiter aufs höchste interessiert.“

Von Seiten der Arbeitgeber wird dieses offen anerkannt; die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, ein Unternehmervorgan, führt diese Stelle des Jahresberichts der christlichen Gewerkschaften wörtlich an und bemerkt dazu: „Jeder Arbeitgeber wird dies unterschreiben können. Es wäre wirklich erfreulich, wenn die christlichen Gewerkschaften sich in ihrer Taktik stets von diesem Gesichtspunkt leiten lassen. Es muß angenehm berühren, wenn der Berichterstatter dann weiter sagt, der Streik werde auf die Dauer nicht mehr zu den regelrechten Kampfmitteln, sondern zu den anormalen gewerkschaftlichen Kampfmitteln gerechnet werden können.“

Die „Kreuzzeitung“, Hauptorgan der Konserwativen, drückt diese Aeußerung des Arbeitgeberblattes ab und knüpft daran folgende salbungsvolle Lehre: „Daß die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren allzu häufig auf der Seite der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestanden und bei den Arbeitgebern vielfach die Ueberzeugung geweckt haben, daß es ihnen mit dem Vorkommen zu einer „christlichen“, d. h. einer sittlichen, vor allem einer gerechten Berufsauffassung nicht allzu ernst sei, braucht nicht gesagt zu werden. Die einseitige Organisation der Arbeiter zu dem einzigen Zwecke, für sie günstige Bedingungen zu erkämpfen, führt mit Notwendigkeit auf beiden Seiten zu einer egoistischen Auffassung des Verhältnisses von Rechten und Pflichten, und es wäre sehr erfreulich, wenn das in dem Jahresberichte konstatierte bessere Einvernehmen immer mehr in die Tat umgesetzt würde.“

Die „Kreuzzeitung“ verrät doch einen sehr großen Mangel an Wirklichkeitssinn, wenn sie meint, daß die christlichen Gewerkschaften nur allzuhäufig auf Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestanden und dadurch bei den Arbeitgebern die Ueberzeugung geweckt hätten, daß es ihnen (den christlichen Gewerkschaften) nicht ernst sei mit einer sittlichen Berufsauffassung. Das praktische Leben ist doch halt anders, als es sich die Leute von der „Kreuzzeitung“ auszumalen scheinen. Es ist ja furchtbar leicht, vom Schreibtisch aus den christlichen Gewerkschaften Direktiven für ihr Handeln zu geben und zu kritisieren, besonders dann, wenn man durch Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse sein Urteil nicht zu „krüben“ lassen braucht. Man müßte die Herren mal einladen, für ein Vierteljahr nach dem westlichen Industrieviertel oder nach anderen Industriezentren zu kommen, um ihnen ad oculos zu demonstrieren, wie sehr die christlichen Gewerkschaften „auf Seiten der Sozialdemokratie“ stehen. Wenn jene Leute nur einige Tage im praktischen Gewerkschaftsleben ständen, dann würden sie es kennen lernen, mit welcher bewunderungswürdigen Opfermut die christlichen Gewerkschaftler ihre Ideale und Grundsätze gegenüber den sozialdemokratischen Verbändlern Tag für Tag verteidigen müssen. Dann würden sie nicht mehr daran zweifeln, daß es den christlichen Gewerkschaften ernst sei mit einer sittlichen, vor allem einer gerechten Berufsauffassung. Dann würden sie auch finden, daß das Urteil der Arbeitgeber über die christlichen Gewerkschaften noch von ganz anderen Erwägungen beeinflusst wird, als von solchen, die die „Kreuzzeitung“ angibt; Erwägungen, die man im rauhen Arbeiterleben schon mal mit „Selbstsinteresse“ bezeichnen könnte. Und wenn die christlichen Gewerkschaften hin und wieder mit ihren gegnerischen Konkurrenzverbänden gemeinsam berechtigte Forderungen erheben und vertreten, dadurch geht dem wirklichen Charakter der christl. Gewerkschaften gar nichts ab. Was die christlichen Verbände im Wirtschaftsleben machen, sieht man im politischen Leben sehr häufig von den bürgerlichen Parteien. Wenn die christlichen Gewerkschaften häufig (?) auf Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestanden haben, dann haben erstere dabei auch ihre Grundsätze zur Geltung zu bringen verstanden. Bei Millionen, an denen die christlichen Gewerkschaften mit einer ins Gewicht fallenden Stärke beteiligt sind, wird die „freie“ Gewerkschaft nicht wagen, ihre radikal-revolutionären Kräfte zu tummeln; da hat sich die „freie“ Gewerkschaft zu einer vernünftigen Gewerkschaftspolitik bequemen müssen. Wenn unter der Berliner Bauarbeiterchaft eine größere Anzahl christlicher Leute wäre, dann hätten die Noten dort vergangenes Jahres den „Putsch“ nicht machen können. Man hat darum u. G. gar keine Ursache, über das „häufige“ auf Seiten der Noter stehen“ Jeremiaden anzustellen. Im übrigen können auch die christlichen Gewerkschaften keinen Politik im feinsten gefriegelten Salonstil machen, mit „Süßholzraspeln“ kann man keine Arbeiterbewegung leiten, da gehts mitunter grob, sehr grob her.

Die einseitige Organisation der Arbeiter führt auf beiden Seiten zu einer egoistischen Auffassung von Rechten und Pflichten, sagt die „Kreuzzeitung“. Aber haben denn die Arbeiter anders als nach dem Vorhabe der Arbeitgeber gehandelt? Sind denn

Handelskammern, Syndikate, Arbeitgeberverbände und dergleichen nicht alles einseitige Organisationen? Diese umfassen als nötige Organisationen der Arbeitgeber anzuerkennen, die Arbeiterorganisationen aber als notwendige Organe zu bekämpfen, ist wahrlich nicht gerecht.

Aus gegnerischen Organisationen.

Vom Hamburger Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Zum sechsten Male sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften am 22. Juni zu ihrer Kongressversammlung zusammengetreten. In der Regel alle drei Jahre halten unsere „Freunde“ von der roten Couleur große Versammlungen. 1892 waren sie in Halberstadt, 1896 in Berlin, 1899 in Frankfurt, 1902 in Stuttgart, 1905 in Köln und jetzt in Hamburg. Ueber die Entwicklung seit Halberstadt seien folgende Zahlen angegeben, die den Stand der Verbände zur Zeit der sechs Kongresse bezeichnen. So betrug z. B. die Mitgliederzahl 1892: 277 600, 1896: 459 100, 1898: 493 700, 1901: 677 500, 1904: 1 052 100, 1907: 1 826 500. Die Einnahmen stiegen in diesen sechs Jahren von einer Million Mk. auf 3, 5 1/2, 11, 20 Mill. und sind in den letzten drei Jahren auf 51 Mill. hinaufgeschwollen. Entsprechend stiegen auch die Ausgaben von 1,6 Mill. auf 43 Mill. Mk. Das Vermögen hat sich von rund einer halben Million im Jahre 1891 auf über 33 Mill. im Jahre 1907 gehoben.

Besonders viel Interesse kann der Hamburger Kongress nicht beanspruchen. „Große Momente fehlten ihm“, geht es fast bei der „Vorwärts“. Sensationelle Dinge haben sich nicht zugetragen, ebensowenig sind Beschlüsse von besonderer Tragweite gefaßt worden. Die Konflikte, die sich durch eine Verdrängerung von Partei und Gewerkschaft naturgemäß ergeben müssen, traten auch auf diesem Kongress wieder in die Erscheinung. Aber es zeigte sich auch der unverkennbare Wille, die Dinge mit möglichstster Ruhe zu behandeln mit Rücksicht auf die „großen Gemeinschaftsziele von Partei und Gewerkschaft“. Der „Vorwärts“ meint, die Ruhe auf dem Kongress wäre erhalten geblieben durch „das Schwingen der Heißsporn auf beiden Seiten“. Also Differenzen bestehen und zwar Differenzen, die im Wesen beider Parteien begründet liegen. Das kam bei Behandlung der Frage der Jugendorganisationen zum Ausdruck. Der Kongress lehnte die Bildung besonderer Jugendorganisationen ab, er will den Gewerkschaften das Privilegium der Jugendbeziehung vorbehalten. Das Referat des Arbeitersekretärs Hubert Schmidt hierzu war nichts als eine einzige Anklage auf das bis herige Bildungssystem der sozialdemokratischen Partei. Ob die Partei die Jugend sich so aus der Hand nehmen läßt? Ob die Gewerkschaften hart bleiben?

Bei der Behandlung der Grenzfreizügigkeiten wies man sich mit allerlei liebenswürdigen Dingen an den Kopf. „Verleumdung“, „Schwächung“, „schlechte Kampfmittel“ und noch mehr, wie es im Legiton der Arbeiterzeitung zu finden ist.

Weiter wurde noch verhandelt die „gewerkschaftliche Stellenvermittlung“, „Sozial als gewerkschaftliches Kampfmittel“, „Gewerkschaftsdruck“, „Entwicklung der sozialen Gesetzgebung“ usw.

Ein kleines Intermezzo hielten die Vertreter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Bekanntlich kam auf der Generalversammlung dieses Verbandes die einstige Gründung einer Gewerkschaftszeitung für die Arbeiterinnen zur Sprache. Der Vertreter der Generalkommission auf dem Verbandstage, Umbreit, hatte ganz unerbittlich seine Meinung in dieser Sache privatim geltend gemacht. Die Textilarbeiter erklärten sich bekanntlich gegen die Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenarbeit, weil die „Gleichheit“, die jetzt den Kolleginnen unserer roten Konfektionsorganisation gegeben wird, für eine „echt sozialistische Bewegung“ ist.

Legen wir es auf dem Hamburger Kongress, daß die Textilarbeiter eine ganz unerbittliche Kaufmännerei in der Öffentlichkeit hinstellen wollten. Wenn die Generalkommission übrigens die Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung für notwendig erachtete, dann würde die Gründung durchgeföhrt, auch ohne Zustimmung der Textilarbeiterorganisation. Ob die „Gleichheit“ geeignet sei zur Erziehung der Arbeiterinnen im gewerkschaftlichen Geiste, darüber könne man geteilter Meinung sein. Es sei doch in erster Linie eine politische Zeitung (sozial), und darum können die gewerkschaftlichen Interessen nicht im gewöhnlichen Maße darin zum Ausdruck kommen. Ähnlich wie Legien sprachen andere Mitglieder der Generalkommission. Aber nach Ansicht unserer „freien“ Textilarbeiter ist die „Gleichheit“ recht gut geeignet, für die gewerkschaftliche Organisation unter den Arbeiterinnen zu wirken. Es kommt ihnen nämlich in der Hauptsache darauf an, daß die Arbeiterinnen zu „Frauenemancipation“ erzogen werden. Als Gewerkschaftlerinnen gehen sie bei Bewegung später vorwärts, nicht aber als Sozialistinnen. Ob durch die radikal-sozialistische Schreibweise der „Gleichheit“ die gewerkschaftlichen Interessen direkt geschädigt werden, wie Legien und andere Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zu glauben scheinen, das sagt die Textilarbeiter gar nicht an. Unsere Freunde von der roten Couleur haben sich auf dem Kongress als recht robuste Genossen erwiesen, die sozialistischer als sein scheinen als Legien und andere.

Ueberhaupt scheint die Zeitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes mit dem Kongress gar nicht zufrieden zu sein. Zu einem 2/3 Spalten langen Artikel berichtet die Nummer 27 des Textilarbeiters über den Kongress. Wir hatten die Empfehlung beim Lesen des Artikels, daß dem Verfasser viel bedauerliche Stimmung mit in die Feder fließen solle. In einer Stelle heißt es in gedrängter „Lustige Organisation hat sich im Kongress von innen heraus entwickelt, doch wenn sie nicht mehr, wie man es bisher beabsichtigt hat, mit einer schrittweisen Bemerkung zur Seite stehen kann.“ Ob man die Textilarbeiter bislang in der Generalkommission nicht für voll gehalten hat? Das wäre allerdings ärgerlich für sie. Da kann sich der Kongress über die verleihe Ehre schon mal gründlich lust machen in einem „gepflegten“ Artikel.

Ein neues Präbäcien ihrer parteipolitischen „Neutralität“ haben gelegentlich der kürzlich stattgefundenen Gewerkschaftsversammlungen die „freien“ Gewerkschaften in Köln, Bonn u. s. w. geliefert. Das sozialdemokratische Organ, die Kölner Arbeiterzeitung, quillt nämlich in Nr. 147 vom 27. Juni und in Nr. 149 vom 29. Juni über folgende Beiträge, die von den „freien“ Gewerkschaften an den Reichsverband der sozialdemokratischen Partei abgelehnt worden sind: Gewerkschaftsartikel 100 Mk., Textilarbeiterverband 200 Mk., Arbeiterverband 15 Mk., Verband der Steinhauser 20 Mk., Verband der Feiger und Maschinenbau 10 Mk.

Interessant ist dabei, daß die Zeitung der hiesigen Gruppe des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zu Beginn des Jahres in einem der Mitglieder zugewandten Flugblatt bewußte Klage führte über die ungünstigen Finanzverhältnisse der Gruppe. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen; so könne unmöglich weiter gearbeitet werden, sich es dort, um den Mitgliedern den vorher gestifteten Beitrag, einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pfennig zu erheben, unangenehm zu machen. Jetzt kommt man einen Teil der zu Gewerkschaftsleistungen erhobenen Beiträge zur Unterhaltung der Parteifläche. Trotz alledem werden natürlich die Genossen fortzufahren, in der Zeitung auf dem Lande die „freien“ Gewerkschaften als parteipolitisch neutral zu bezeichnen.

Gerichtlich bestätigter Arbeiterverrat. Ein unferes Wissen in der deutschen Arbeiterbewegung bisher noch nicht dagewesener Fall von Arbeiterverrat hat in der vorbergangenen Woche vor dem Oberfeld der Landgericht seine richterliche Bestätigung gefunden. Es handelte sich um folgendes: Ein Solinger Messerschleiferindustrieverein besteht eine Lokalorganisation. Die Arbeiter dort begründen ihre ablehnende Stellung zu einem Zentralverband mit den eigenartigen industriellen Verhältnissen des Bezirks. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ist seit Jahren bemüht, die Lokalorganisation für Anschluß an den Zentralverband zu gewinnen, und als alle Mittel versagt, stimmte er seine Leiter auf: „Bist du nicht willig, dann brauch' ich Gewalt.“ Die Pflicht der Wahrhaftigkeit hat man nicht dem Gegner gegenüber, sagt Kauby, und nach diesem aller Ehrlichkeit und Moral ins Gesicht schlagendem Rezept muß wohl der sozialdemokratische Zentralverband der Metallarbeiter in Solingen vorgegangen sein.

So wurde am 28. März d. J. vor dem Schöffengericht in Solingen in einer Klage verhandelt, die die Vorstandsmitglieder des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes Schilde, Keigel, Werner und Majasch, sowie der Redakteur Scherm von der „Metallarbeiterzeitung“ gegen den Redakteur Ern vom „Stahlwarenarbeiter“, dem Organ der Lokalorganisation in Solingen, wegen Verleumdung angeklagt hatten. Ern hatte in seiner Zeitung drei Artikel veröffentlicht, in denen an der Hand von Briefen behauptet wurde (wir berichten nach dem „Vorwärts“, D. R.), daß die Streikbewegung des Jahres 1905 und der geplante Generalstreik über die Firma Hammesfahr ein Trick des Metallarbeiterverbandes gewesen sei, um durch falsche Vorpiegelungen die Lokalorganisationen in den Kampf hineinzuhetzen, sie dann im Stiche zu lassen, damit die Lokalorganisationen zertrümmert und die Mitglieder der selben vom deutschen Metallarbeiterverband abgenommen werden. Dieser seine Plan sei leider in die Brüche gegangen. Der Zentralverband habe diesen schändlichen Arbeiterverrat im Verein mit dem Lokal- und Gewerkschaften zusammen verübt. Ferner habe, als die Sache mit dem Generalstreik über Hammesfahr in die Brüche gegangen war, der Metallarbeiterverband einen Schlägerstreik gumbold vom Haupte gebochen, um dadurch die Lokalorganisationen bankrott zu machen, wenn keine Formen geschlagen würden, könnten auch die übrigen Branchen nicht arbeiten. Nun sei aber der Vorrat an geschlagenem Material so groß gewesen, daß trotz des fast ein Jahr dauernden Schlägerstreiks sich kein Mangel eingestellt habe.

In einem dieser Artikel fand sich auch unter Bezugnahme auf die Briefe, die Ern in Händen hatte, der geradezu „berühmt“ gewordene Satz, der der Zeitung des roten Metallarbeiterverbandes ein wenig gutes Zeugnis ausstellt.

„Die Einsicht in die Dokumente, in denen Besitze wir sind, zeigt uns ein erschreckendes Bild von der Clique, von der der „deutsche“ Metallarbeiterverband regiert wird. So viel Betrug, so viel Unredlichkeit, so viel Verleumdung, so viel Verleumdung, so viel Verleumdung, so viel Verleumdung, so viel Verleumdung, so viel Verleumdung.“

Wegen dieser Artikel also war die Klage gegen Ern erhoben worden, die aber nach einer umfangreichen Zeugenerhebung mit der Freisprechung des Redakteurs Scherm wurde Ern zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil das Gericht für erwiesen anmaßt, daß wohl der Hauptvorstand von der Sachlage Kenntnis gehabt, aber nicht, daß auch Scherm davon gewußt habe.

Mit diesem Urteil dürfte sich der „deutsche“ Metallarbeiterverband nicht zufrieden geben, wenn er nicht sein Renommee völlig einbüßen wollte. Dazu hatte die Zeitung des roten Zentralverbandes alle jene vor den Labi geschleppt, die die Behauptungen der Solinger Lokalorganisierten Arbeiter über den „großen“ Zentralverband gegen diesen in der Agitation verwendet hatten. So u. a. der Redakteur des Organs des christlichen Metallarbeiterverbandes und auch unser Lokalbeamten Kollegen Pech-Bierlein. Letzterer wurde bekanntlich vom Schöffengericht in Siegen freigesprochen.

Um die reparierte Ehre wieder herzustellen, wurde gegen das Solinger Urteil beim Landgericht Revision eingelegt, die am vergangenen Dienstag und Mittwoch vorbergangener Woche in Elberfeld zur Verhandlung kam. Das Resultat derselben war noch beschämender für den Metallarbeiterverband als die Verurteilung durch das Schöffengericht. Denn vor dem Landgericht wurde Ern nicht allein wegen Verleumdung der Vorstandsmitglieder freigesprochen, sondern auch die Geldstrafe wegen Verleumdung des Redakteurs Scherm wurde aufgehoben, weil auch dieser über die Sachlage orientiert gewesen sein müsse. Die gesamten Kosten des Verfahrens wurden dem „nützen“ Metallarbeiterverbande auferlegt.

Zu der Begründung des Urteils wird gesagt, daß in Solingen in der Messerschleiferbranche ein Tarif besteht, der von der Firma Hammesfahr durchgeföhrt sei. Die Lokalorganisation der Messerschleifer und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hätten zusammen eine Bewegung zur Einführung des Tarifs bei der Firma Hammesfahr eingeleitet. Es sei sogar im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen der Generalstreik geplant gewesen. Der Metallarbeiterverband habe sich aber zurückgezogen, um hinter dem Rücken der Lokalorganisation mit Hammesfahr allein zu verhandeln und für sich Vorteile herauszuschlagen. Der wahrheitsbeweis für diese Behauptungen sei von dem Angeklagten in vollem Umfange erbracht worden.

Dieselbe Seite Seite, die sich ihren Arbeiterverrat gerichtlich bestätigen lassen müssen, wissen nicht laut genug über Arbeiterverrat der „Schändlichen“ zu sprechen, wenn diese nicht nach der radikalen Seite der roten Arbeiterverrat laufen wollen.

Aber höchlichst bräut die Handlungsweise des „freien“ Metallarbeiterverbandes gar nicht klüger zu nennen. Findet sie doch ihre innere Berechtigung in der sozialdemokratischen Weltanschauung, die die Macht zum Recht erklärt und Menschen mit solcher „Moral“ wollen die Arbeiterkraft beklüden! Hohe Nacht!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Einigungsverhandlungen im deutschen Bauergewerbe. Zur Beilegung der aus den Verhandlungen über den Abschluß neuer Tarifverträge verbliebenen Streitigkeiten fanden in den letzten Tagen im Berliner Gewerbegericht nochmals Einigungsverhandlungen statt, bei denen das in dieser Sache bereits im März und April mitwirkende Kollegium der drei Unparteiischen, Magistratsrat von Schulz, Vorsitzender des Gewerbegerichts in Berlin, Vorsitzender Dr. Brenner-München und der jetzt in das Reichsamt des Innern berufene bisherige Beigeordnete der Stadt Essen, Dr. Wiebels als Schiedsrichter wiederum tätig waren. Von Arbeitgebern nahmen eine Kommission, der auch die Vertreter der in Betracht kommenden Ortsverbände an den Verhandlungen teil; die Arbeitnehmer waren vertreten durch die Zentralverbände der beteiligten vier Gewerkschaften und deren beteiligte Gau- und Ortsverbände. Im wesentlichen handelte es sich bei den Verhandlungen um die Beseitigung von Differenzen, die bei etwa 20 Ortsverbänden, sowie in einer Anzahl Ortschaften in Mecklenburg noch vorliegen. Die Ausdrücke vollzogen sich in ruhiger und sachlicher Weise. In den meisten Fällen gelang es auch diesmal, dank der aufopfernden Tätigkeit des Schiedsgerichts, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuföhren. In mehreren Fällen mußten jedoch Schiedsprüche ergehen, deren Annahme aber von vornherein durch die Parteirepräsentanten erklärt wurde. So ist nun mit voller Sicherheit anzunehmen, daß keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr entstehen werden, daß mit anderen Worten der Friede im deutschen Baugewerbe nunmehr endgültig auf wenigstens 2 Jahre gesichert ist. Im Anschluß an die Einigungsverhandlungen wurde noch vereinbart, nunmehr alle Verträge am 1. August durch die Zentralverbände der vertragschließenden Parteien durch Unterschrift zu vollziehen. Auf die von Arbeitnehmerseite aufgeworfene Frage der gumboldischen Regelung der Arbeitsnachweis-Einrichtung konnten die Arbeitgeber-Vertreter in Ermangelung eines Mandats nicht näher eingehen.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Von dem Zeitungsjournal für die Organisation evangelischer Textilarbeiter in Rußland (Woz) ist soeben die erste Nummer herausgegeben. Unter welcher geradezu ungeheuerlichen Umständen unsere dortigen Berufs-Kollegen ihre Verbandarbeit beginnen mußten, mag folgende Stelle aus dem programmatischen Leitartikel darthun.

Sturmbelegte Zeiten waren es, Zeiten bölliger Anarchie, Zeiten, in denen man im Zweifel war darüber, ob die Vernunft oder politischer Fanatismus die Oberhand gewinnen wird, Zeiten des schmerzlichen Bruderschwerts, was das Leben eines Nebenmenschen gleich Null bewertet wurde, schwere betrübte Zeiten waren es, in welche die Gründung der Gewerkschaft evangelischer Textilarbeiter und Arbeiterinnen fällt. Als der Parteitag unter den Arbeitern von gewissenlosen Intriganten und politischen Strebern soweit gesteuert worden war, daß jede politische Partei die Anhänger einer anderen Partei für verräther erklärte, daß ein Arbeiter den andern auf freier Straße oder hinter dem Vorhang am hellen Tage niederstößt, wie man einen toten Hund wegwerft; als alle Parteien sich das Recht anmaßten, die Fabriken nur mit ihren Parteiangehörigen besetzen zu dürfen, da war es einseitigen Arbeiterfreunden klar geworden, daß hierbei einzig allein die Arbeiter selbst die Leidtragenden sein würden; denn wenn sich die Arbeiter gegenseitig bekämpfen, wird es dem Arbeitgeber ein Leichtes sein, Lohn und Arbeitszeit zu „normieren“, wie es ihm beliebt. Diese Männer waren sich bewußt, daß nicht Zwietracht und Parteihäß, sondern vollkommene Einigkeit, enger Zusammenhalt möglichst aller Arbeiter in einem Verein die Arbeiter selbst vor einer Verfallung der eigenen wirtschaftlichen Lage bewahren kann. Wohl bekannten damals verschiedene Arbeiterverbände, legale und illegale, oder waren in der Gründung begriffen, doch nicht ein einziger, welcher sich die Befreiung des Volkes der Arbeiter zur Aufgabe gemacht hätte. Alle ohne Ausnahme verfolgten sie politische oder nationale, religiöse oder antireligiöse Zwecke; die Vertretung der Arbeiterinteressen diente ihnen nur als Lockmittel für den Mitgliederfang; die Arbeiterinteressenvertretung war nur Nebenfrage.

Die obengenannten Arbeiterfreunde sammelten eine Anzahl gleichgesinnter Arbeiter um sich und gründeten die Gewerkschaft evangelischer Textilarbeiter. Vielleicht hätte man einen anderen Namen finden können, doch war es unter den hiesigen Verhältnissen schwer, das richtige zu treffen. Das Wort evangelisch sollte bezeugen, daß wir Christen sind, daß wir uns innerlich einer Gewerkschaft unserer Religion nicht beschimpfen, nicht beschimpfen, lassen wollen, daß wir uns unsere Religion durch die Gewerkschaft nicht lassen lassen wollen, wie das seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften geschieht; sondern, daß wir die Religion unserer Väter heilig ist. Sätten wir das Wort christlich vorausgesetzt, so hätten jüdische Arbeiter, mit denen wir doch in sehr vielen Fabriken zusammen arbeiten, glauben können, wir wollten sie bekämpfen, was wir oder nicht wollen und nicht können, wenn wir die Interessen der Arbeiter wahrten wollen. Wir haben ferner das Wort evangelisch gewählt mit Rücksicht auf die hiesigen Sprachverhältnisse. Es ist nicht möglich, die polnisch-sprechenden und die deutsch-sprechenden Arbeiter in einer Gewerkschaft zu vereinigen; das würde in den Versammlungen usw. zu unangenehmen Mißverständnissen und dadurch zu Kibbereien innerhalb der Gewerkschaft führen, deshalb halten wir es für nötig, daß sich die deutsch-sprechenden Arbeiter zusammenföhren in einem Verband und die polnisch-sprechenden Arbeiter ebenfalls in einem Verband zusammenföhren; daß aber diese zwei Verbände bei Gelegenheiten x. unbedingt miteinander Hand in Hand arbeiten müssen.

Es schließen wir uns dem Wunsche an, den die Redaktion der neuen Verbandzeitung mit auf den Weg gibt. So ziehe denn hinaus, begleitet von unseren Segenswünschen! Sei dem bedürftigen Arbeiter wohltuender Rat und Schutz, möge es dir gelingen, die Achtung der Gegner zu erlangen, dem christlichen organisierten Arbeiter aber sei dein ein trauer Handabgewinn im wirtschaftlichen Kampf.

Verammlungskalender.

- Barmen. 25. Juli, 8 Uhr, bei Doppen, Oberbismarck 60.
- Breslau. 12. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Wapf, Gellert (Friedrichstr.).
- Burgund. 12. Juli, 1/2 Uhr, bei M. Stamm, Generalversammlung.
- Chemnitz. 12. Juli, 5 1/2 Uhr, bei A. Seydewitz, Generalversammlung.
- Düsseldorf. 12. Juli, 8 1/2 Uhr, bei G. K. K. K.

- Friedenhorst. 19. Juli, 11 Uhr, bei Aug. Schmidt, Baaren 5. Aachen. 19. Juli, 11 Uhr, bei Anton Deben, Bachstraße, Generalversammlung.
- Krefeld. 20. Juli, 8 1/2 Uhr in der Reichshalle.
- 22. Juli, 8 1/2 Uhr, in der „Reichshalle“ Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung.
- Landeshut i. Schl. 23. Juli, 1/2 Uhr, im städtischen Schützenhause.
- Moskau. 26. Juli, 5 Uhr, bei Borchding, öffentliche Generalversammlung.
- Neurweil. 18. Juli, 9 Uhr, bei Peter Goppelt, Generalversammlung.
- Oberförstbach. 19. Juli, 3 Uhr, bei Wllh. Sauer, Generalversammlung.
- Schlesien. 19. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Heinrich Ralke, Generalversammlung.
- Schittorf. 19. Juli, 9 Uhr, bei Riege, Generalversammlung.
- St. Zwick. 20. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Mannemann.
- Werdau (Müßr). 24. Juli, 8 1/2 Uhr, „Zur Krone“ (Markt).
- Wegberg. 19. Juli, 10 Uhr, bei Joseph Wintens.

M.-Gladbach-Eiden. Gewerkschafts-Konferenz. Verein „Zukunft“ e. V. m. B. in M.-Gladbach-Eiden. Samstag, den 26. Juli, abends 9 Uhr beim Wirt Kremers (früher Grates) außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Änderung der Statuten. 2. Wahl von Vertrauensmännern. 3. Mittelungen. Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder dringend eingeladen. Der Ausschluß: (1.40 Mk.) Joh. Conge, Vorsitzender.

M.-Gladbach-Serming. Konsum-Verein „Fortuna“, e. V. m. B. in M.-Gladbach-Serming. Sonntag, den 28. Juli, abends 6 Uhr findet im Lokale von Leonard Gröbe eine Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Änderung der Statuten, 2. Wahl von Vertrauensmännern. 3. Mittelungen. Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder dringend eingeladen. Der Ausschluß: (1.80 Mk.) S. A. Wilf, Damme.

Achtung! Krefeld! Achtung! Laut Vorstandsbefehl findet die Wahl der Delegierten und Ersatzmänner zur Generalversammlung in der Weise statt, daß die Stimmgabel nebst Kouberts den Mitgliedern vor der Wahl überbracht und während der Wahltag wieder abgeholt werden. Nach getätigter Wahl muß jedes Mitglied den Stimmgabel verschlossen im Koubert dem Vertrauensmann übergeben. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, welche die vollen Wochenbeiträge entrichten. Des Wochenbeitrag von 5 Pf. berechtigt nicht zur Wahl. Wählbar sind nur großjährige (über 21 Jahre alte) Verbandskollegen und -Kolleginnen.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgegend sucht für den 1. Oktober dieses Jahres einen

Kartell-Beamten. Bewerber müssen eine mindestens zweijährige praktische Betätigung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen können. Bewerber, die noch nicht als freigestellte Beamten tätig waren, müssen bei Bewerbung Referenzen ihres Zentralvorstandes beifügen. Die Anstellungsbedingungen richten sich nach den Satzungen des Gesamtverbandes. Bewerbungen sind bis spätestens 15. August unter Beifügung eines Lebenslaufes an den Vorsitzenden Math. Klüttgen, Poststraße 56 in Aachen, einzusenden.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Johannes Heintz in Lossor.
 Franz Pionka in Delmenhorst.
 Jakob Voss in Schiefbahn.
 Joh. Meiners in Breyl.
 Franz Seidel in Greiz.
 Jos. Schnitzler in Aachen.
 Bernhard Nachtigall in Bocht.
 Peter Box in Kompen.
 Jos. Amstatt in Mülhausen.
 Paul Grössen in Schiefbahn.
 Peter Scholl in Eupen.
 Joh. Elling in Wettringen.
 Conrad Jakels in Lobberloh.
 Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Mitglieder! Achtung! Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiter-Organisationen unter besonderer Berücksichtigung der seit dem Jahre 1900 gehaltenen Berufs-Konferenzen und Kongresse. Herausgegeben von der Zeitung der Internationalen Vereinigung christl. Textilarbeiterorganisationen (E. M. Schiffer-Düsseldorf) Preis 40 Pf. 162 Seiten stark.

Das Werden ist gerade jetzt um so wertvoller, als eine allgemeine internationale christl. Gewerkschafts-Konferenz (August 1908) bevorsteht. Aus dem Jubel ist hervorgehoben: Christl. Gewerkschaften und die Frage ihrer internationalen Verbindungen; Statistisches über die christl. Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern; Die internationalen Beziehungen der christl. Textilarbeiter, ihre Konferenzen und Kongresse in den Jahren 1900, 1901, 1902, 1903, 1906, 1907; Der Kartellvertrag der christl. Textilarbeiterverbände; Der allgemeine internationale Textilarbeiterkongress 1902 in Zürich usw. usw. Zu beziehen durch: 1) Geschäftsstelle des Bundesverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands Düsseldorf 51, Korneliusstr. 66, 2) Christlicher Gewerkschafts-Verlag (A. Stegerwald, Köln, Palmstr. 14.) Diese Broschüre empfehlen wir dringend allen Mitgliedern zur Anschaffung. Die Wertausbeute, Vorstandsmittglieder zc., welche sich um den Verkauf bemühen, erhalten pro Exemplar eine Provision von 5 Pf.

Mitglieder, agitiert für den Verband!